

Christof Möcklinghoff

## ASPEKTE DER GESCHICHTE UND THEORIE DER BÜNDNISPOLITIK DER KPD UND DKP

*(Fortsetzung und Schluß des Aufsatzes aus  
Probleme des Klassenkampfes Nr. 4)*

### Zur Kritik der antifaschistisch-demokratischen Bündnispolitik der KPD/SED im Zeitraum 1945/49

Die facettenhafte Zuordnung einzelner Aspekte der Bündnispolitik der KPD/SED war notwendig, um wenigstens die Grundzüge theoretischer und praktischer Probleme einer Politik parat zu haben, die, wie gerade die Bündnispolitik, immer auch durch die reale Bewegung vermittelt ist und durch sie modifiziert wird. Die Zuordnung war gleichermaßen notwendig, um schon durch die Formulierung von Hintergrundmaterial möglichen Mißverständnissen entgegenzutreten. Die Kritik an der Bündnispolitik, so wie sie hier formuliert wird, richtet sich nicht gegen die Notwendigkeit für eine möglichst breite Basis und für die Schaffung von politischen Formen der Annäherung an eine antikapitalistische Umwälzung zu kämpfen, sondern gegen den theoretischen Gehalt der Bündniskonzeption. Will man sich bei der Kritik der Bündnispolitik nicht in relativ disparaten Einzelheiten verlieren, dann ist es notwendig, systematisch die Entwicklungsfaktoren der Volksfront als internationale Strategie mit den jeweils aktuellen Erfordernissen zu verbinden. In diesem Zusammenhang ist noch einmal an den VII. Weltkongress zu erinnern. Die dort von Dimitroff formulierte Identität des nationalen Klassenkampfes mit dem Kampf der Sowjetunion um ihre Weiterexistenz gipfelte in der Formel von der Sowjetunion als dem Vaterland aller Werktätigen. Die spezifische Entwicklung der Koexistenztheorie vom Leninschen Begriff der Koexistenz als "eines Kodex von zwischenstaatlichen Verkehrsformen, um die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten zum eigenen Vorteil zu etablieren" (141), zur Stalinschen Konzeption, die auf der These beruhte,

141) Schmiederer, U., Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz, Frankfurt 1968, S. 13

“die sozialistische Umgestaltung bedürfe nicht nur nicht der Hilfe durch revolutionäre Aktionen außerhalb ihrer Grenzen, sondern sei mit Notwendigkeit darauf verwiesen, unabhängig von der internationalen Situation die Transformation zur sozialistischen Gesellschaft allein in Rußland zu erreichen” (142), veränderte das Verständnis des proletarischen Internationalismus in entscheidender Weise. Involvierte der Internationalismusbegriff von Lenin noch die Gleichrangigkeit aller Teile der kommunistischen Weltbewegung, “Lenin, dessen Imperialismustheorie die Grundlage einer Strategie gewesen war, die Revolution im agrarisch bestimmten, feudal verfassten Russland zu führen, hatte diese als ersten Schritt und auslösendes Ereignis des gesamten europäischen Revolutionsprozesses gedacht. Dieser Auffassung ordnete sich in der Phase des Kriegskommunismus die sowjetische Außenpolitik unter.” (143), so wurde er in der Stalin-Theorie vom Sozialismus in einem Lande so uminterpretiert: “Ein guter Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu zögern, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu unterstützen.” (144) Diese Reduktion auf die Unterstützungsfunktion hatte die Volksfrontkonzeption vor dem Kriege zu leisten, und es ist wohl so, daß ihr diese Funktion, wenn auch modifiziert, nach dem Kriege zukam.

Die Sowjetunion bedurfte nach dem II. Weltkrieg einer langen Atempause, um ihre ökonomische Energie ganz auf die Rekonstruktion ihrer vom Faschismus verwüsteten Wirtschaft zu lenken. Dies dürfte der eigentliche Grund gewesen sein, warum Stalin erklärte, daß er nicht daran zweifele, “daß die Möglichkeiten friedlicher Zusammenarbeit (mit den kapitalistischen Staaten, C.M.) weit davon entfernt sind, geringer zu werden, sondern sich sogar noch vergrößern können.” (145) Dieser Optimismus gründet sich auf zwei Elemente sowjetischer Außenpolitik. Zum einen war durch das Entstehen des sogenannten sozialistischen Lagers und das Potsdamer Abkommen eine Verbreiterung des machtpolitischen Spielraums der Sowjetunion gegeben, zum anderen verhinderten wenigstens vorläufig starke demokratische und Volksfrontbewegungen in den kapitalistischen Hauptländern eine mögliche Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion.

Wenn man zugleich davon ausgehen muß, daß zumindest ideologisch eine Identität des internationalen Klassenkampfes mit den politischen Interessen der Sowjetunion konstruiert worden war, dann hatten die demokratischen, strategisch an der Bündnispolitik orientierten Bewegungen in den kapitalistischen Ländern vor allem die Aufgabe, einen Krieg gegen die SU zu verhindern. Überdies war es dann gleichgültig, wie und unter welchen Umständen jeweils revolutionäre Prozesse ausgelöst wurden, wenn nur die Sowjetunion in der Verfolgung ihrer Interessen dabei Positionsgewinne verbuchen konnte. Von hier aus gesehen war es für die Sowjetunion legitim, durch “territoriale Expansion und durch Revolutionen von oben (146) in den eroberten Gebieten ihren Einflußbereich zu vergrößern” (147); und es war

142) ebenda, S. 17

143) Schmiederer, a.a.O., S. 12

144) Stalin, Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR, in: Werke, Bd.10, S.45

145) Stalin, in: Neue Welt, Heft 8, Berlin 1946, S. 4, § 40

146) Stalin, Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, Berlin 1957, S. 58 f

147) Schmiederer, a.a.O., S. 20

gleichermaßen legitim, die internationale kommunistische Bewegung auf eine Volksfrontpolitik zu verpflichten für die der Sozialismus erst ein langfristiges Etappenziel ist. Diese Auffassung vom proletarischen Internationalismus sowie die mit ihr verbundene Koexistenztheorie muß man vor Augen haben, wenn man den konkreten Widersprüchen der Bündnispolitik der KPD auf die Spur kommen will.

Der Zusammenhang zwischen den Interessen der Nationalen Arbeiterklassen und der Sowjetunion stellte sich durch das Schlüsseltheorem vom Beginn der II. Etappe der allgemeinen Krise des internationalen Kapitalismus her. Da diese Krise sich durch den Abfall eines Teils der Welt vom Kapitalismus begründet, wird es für den Kapitalismus immer schwerer sich von seinen ökonomischen und politischen Krisen zu erholen. Dem Machtzuwachs der Sowjetunion entspricht ein Machtverlust der kapitalistischen Länder; dieser wiegt umso schwerer, weil eine tief greifende Krise auf kurz oder lang ausbrechen muß. Um aber gegenüber den einzigen, die in dieser Krise etwas zu verlieren haben, gewappnet zu sein, ist die Volksfront vonnöten, denn die Kapitalisten könnten sowohl nach außen wie nach innen versuchen, noch einmal das Blatt der Geschichte zu ihren Gunsten zu wenden. Dies ist grob vereinfacht die Grundthese der Sowjettheorie. Darauf baut schließlich auch die "Zwei-Lager-Theorie" auf, die den Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital hinter den Antagonismus der Systeme zurücktreten läßt; denn die innerökonomische Krise des Kapitals ist durch die Verschärfung der allgemeinen Krise oder durch den Beginn der II. Etappe der allgemeinen Krise mit bewirkt. Die objektive Funktion der Sowjettheorie bestand also darin, eine Entwicklung zu prognostizieren, die es den westlichen Arbeiterbewegungen zur Existenzfrage macht, demokratische Positionen auszubauen, um für die entscheidende Situation gerüstet zu sein. Schon Vargas Kritik an dieser Analyse macht deutlich, wie realitätsfern sie war.

Diese schematische Analyse konnte nur entstehen, wenn sie auf der Basis von Ersatzkategorien der marxistischen Analyse verfaßt wurde, wenn sie also nicht mehr kritisch die reale Bewegung reproduzieren sollte, sondern apologetisch den Interessen der Sowjetunion Ausdruck geben sollte.

Faßt man die einzelnen Faktoren der Bündnispolitik zusammen, so entsteht folgendes Bild:

1. Die aus der Niederlage der westlichen Revolutionen in den zwanziger Jahren resultierende Krise der kommunistischen Bewegung konstituierte die "Theorie vom Sozialismus in einem Lande". Nach einer Phase linkssektiererischer Politik, die endgültig an dem Sieg des Faschismus scheiterte, entstand dann die Volksfront- und Bündnispolitik "aus dem Bedürfnis einen Block wirksamer internationaler Bündnisse um die Sowjetunion zu formieren." (148) Die Schaffung dieses Blocks sollte zugleich die Funktion haben, den Faschismus national und international einzudämmen.

2. Stärker als dies vor dem Kriege möglich war, kam der Volksfront ab 1945 eine

148) Die Notwendigkeit des Kommunismus, Die Plattform von "II Manifesto", Internationale Marxistische Diskussion, These 18, Berlin 1971, S. 20

Doppelfunktion zu. Einerseits sollte sie nach wie vor der Sowjetunion zum eigenen Schutz dienen, andererseits aber "eine reale politische Beziehung zu den Massen und ihren politischen Bedürfnissen wiederfinden." (149)

3. Die Theorie vom Entstehen zweier Lager, dessen einer Teil unweigerlich den Bedingungen einer Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus ausgesetzt war und dessen Kriegsgelüste deshalb nicht auszuschließen waren, verschob den nationalen Klassenkampf endgültig auf die internationale Ebene, und zwar in der Weise, daß alle Arbeiterparteien konstitutiv an die politischen Schritte der Sowjetunion gebunden waren. Ob sich, da die Perspektive der Revolution noch impliziert war, Revolutionen von oben oder von unten durchsetzen ließen, hing davon ab, wie jeweils spezifisch die Macht der Sowjetunion mit der nationalen Basismacht kombiniert war.

4. Der Erfolg der friedlichen Koexistenzpolitik der Sowjetunion manifestierte sich insbesondere im Potsdamer Abkommen. Es beinhaltete die Chance, eine internationale friedliche Entwicklung einzuleiten und damit die objektive Möglichkeit, die besonders reaktionären Fraktionen der internationalen Bourgeoisie auszuschalten. Diese Möglichkeit konnte aber nur Realität werden, sofern es durch Bündnisse aller nicht-monopolistischen Klassen und Schichten gelang, "allmählich das Gleichgewicht der bürgerlichen politischen Kräfte zu zerstören" und Spannungen zu erzeugen, die sich nicht mehr auf rein reformistische Zielsetzungen reduzieren ließen." (150)

5. In diesen Zusammenhang ordnet sich die Politik der KPD ein. In Deutschland galt es überhaupt erst einmal die bürgerlich demokratische Revolution zu vollenden, den besonders krassen Widerspruch zwischen aggressiven faschistischen Monopolen und Volk bewußt zu machen und im demokratischen Rekonstruktionsprozess die objektiv begründete Bündnismöglichkeit voll auszuschöpfen.

Da der Angelpunkt dieser Strategie die Theorie von der II. Etappe der allgemeinen Krise, verbunden mit der Imperialismustheorie ist, ist es notwendig, die Kritik an ihr "aufzuhängen". Die Theorie ist nämlich auf anschauliche Weise paradox. De facto ist die Periode der II. Etappe der allgemeinen Krise spätestens ab den frühen 50er Jahren eine Phase beispielloser Expansion des Kapitalismus als Weltsystem. Diese Tatsache ist zu offensichtlich, als daß sie heute weggeleugnet werden kann. So wird sie denn in der Mitte der 50er Jahre in der neueren Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in kritischer Absetzung von den Prognosen stalinistischer Ökonomie reflektiert. Beispielhaft dürften hier die Bücher von Heininger und Gündel sein. (151) In dem Maße wie sich die Krisenprognose als unzutreffend erwies, mußte die sozialistische Ökonomie nach Ursachen für die langanhaltende

149) ebenda

150) ebenda, These 8, S. 17

151) Gündel, R., Zum relativ hohen Wachstumstempo der westdeutschen Industrieproduktion im Verlauf des Aufschwungs von 1950/57, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd.3, Berlin 1960, Heininger, H., Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945-1950, Berlin 1959

Prosperität suchen; dies implizierte, wie später gezeigt werden soll, auch eine Verlagerung des Begründungszusammenhangs der Volksfrontpolitik, die sich heute weniger an der allgemeinen Krise des Kapitalismus festmacht als vielmehr an den immanenten und äußeren Bedingungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Die Korrekturen, die in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus an den Analysen der Nachkriegsentwicklung vorgenommen worden sind, können als Eingeständnis in den willkürlichen Charakter der stalinistischen Ökonomie gewertet werden; zugleich macht der Zeitpunkt, an dem sie vorgenommen worden sind deutlich, wie sehr die Polit-Ökonomie mit dem Namen Stalins verbunden gewesen ist. (152)

Die stalinistische Polit-Ökonomie wurde, dies war die These, auf der Basis von Ersatzkategorien der marxistischen Analyse verfasst.

- An die Stelle der Analyse der konkreten Weltmarktsituation nach dem II. Weltkrieg trat das Theorem von der II. Etappe der allgemeinen Krise. (153)
- An die Stelle der immer noch aus dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital resultierenden nationalen und internationalen Widerspruchsentwicklung trat die vordergründig politisch motivierte Auffassung vom erst friedlichen und dann wieder nicht friedlichen Kampf zweier Systeme, dem sich die nationalen Arbeiterparteien unterzuordnen haben.
- An die Stelle einer Klassenanalyse, die sich nur aus dem objektiven Entwicklungsgrad jeweils nationaler Kapitale ableiten läßt, trat sowohl in der Vorkriegszeit wie auch nach 1945 die Auffassung vom Gegensatz zwischen Volk und Monopolen.
- An die Stelle einer materialistisch fundierten Perspektive traten Perspektiven jeweils friedlich-demokratischer und nicht-friedlicher faschistoider Entwicklungen. Der Friede wurde zum ausschließlich moralischen Postulat, ohne noch zu klären, wie sich der Kampf für den Frieden mit dem Klassenkampf vermittelt.

Was den nationalen Klassenkampf der KPD anbelangte, so war ihr Bezugspunkt zur Herstellung einer friedlich-demokratischen Bündnispolitik das Potsdamer Abkommen. Daß es unterlaufen wurde liegt an der friedensfeindlichen Politik rechter US-Kreise; und in dem Maße, wie es unterlaufen wurde, intendierten die westlichen Alliierten, so die Geschichtsschreibung der SED, eine Kolonisierungspolitik.

Das Potsdamer Abkommen kann aber nicht als solide Grundlage, als innen- und außenpolitische Absicherung der Bündnispolitik gewertet werden. Abgesehen davon, daß Bündnispolitik immer nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie dem Entwicklungsgrad der Produktionsverhältnisse entspricht, belastete das Potsdamer Ab-

---

152) siehe dazu: Wirth, M., a.a.O., S. 42

153) Zum Problem der Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung siehe auch: Altvater, Blanke, Neusüß, Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 1, Nov. 1971, S. 20/21

kommen die Politik der KPD mit einer beträchtlichen Hypothek. Auf der Potsdamer Konferenz akzeptierte die Sowjetunion die Aufteilung Deutschlands in Einflußsphären jeweils unterschiedlicher Systeme. Damit war, wenn auch nicht mit Notwendigkeit, eine mögliche Spaltung Deutschlands gegeben. Es bestand also wenigstens die Gefahr, daß sich analog einer Zuspitzung der Gegensätze zwischen den Alliierten die Politik der KPD nur unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht positiv entwickeln konnte. Zweitens mußte die "klassenunspezifische Verteilung der deutschen Bevölkerung aus dem Gebiet jenseits der Oder-Neiße" Millionen Arbeiter und Bauern latent in den Gegensatz zu einer Partei bringen, die in der Sowjetunion ihren "Freund und Helfer" sah. (154) Drittens mußte das ausgesprochen harte Vorgehen der Sowjetunion in der Reparationsfrage das Vertrauen der durch die Bündnispolitik angesprochenen Schichten und Klassen in die Politik der KPD untergraben. "Die sowjetischen Demontagen erschwerten den Kampf kommunistischer Betriebsräte gegen die von den Westalliierten bis in das Jahr 1950 fortgesetzte Demontagepolitik." (155) Hiermit sind nur einzelne Punkte angesprochen, die das Urteil der SED-Geschichtsschreibung über das Potsdamer Abkommen reaktivieren. Wenn nämlich der Ausgangspunkt einer erfolgreichen Bündnispolitik an den unmittelbaren Lebensbedürfnissen der Arbeiter, Bauern und kleinen Unternehmen zu bestimmen ist, dann mußte eine gegen die unmittelbaren Lebensbedürfnisse gerichtete Besatzungspolitik sich negativ auf die KPD auswirken.

"Es wurde ihr vorgeworfen, daß sie sich opportunistisch gegenüber der Sowjetunion verhalte. Vor allem ältere Arbeiter, die in der Weimarer Republik den Aufbau der UdSSR durch regelmäßige Geldspenden unterstützt hatten . . . verlangten jetzt von der KPD eine entschiedeneren Interessenvertretung des deutschen Proletariats." (156)

An diesem Punkt konnte u.a. die einheitsfeindliche Politik Kurt Schumachers ansetzen, wenn er die Politik der KPD mit der der Sowjetunion identifizierte: "Wir deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch, nicht französisch und nicht amerikanisch. Wir sind die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit der deutschen Nation . . . Im Sinne der deutschen Politik ist die kommunistische Partei überflüssig." (157)

Wenn man also das Potsdamer Abkommen nicht einfach als eine solide Grundlage einer antifaschistisch-demokratischen Politik begreifen kann, sondern nur als Kompromißprodukt, dann resultiert sein Stellenwert nicht allein aus vertraglichen Zielsetzungen, sondern aus der Tatsache, daß es sich dabei um einen zeitlich begrenzten Kompromiß prinzipiell unterschiedlicher Systeme handelt; es konnte dann nur solange als politische Absicherung einer friedlichen Koexistenzpolitik begriffen werden, wie es den Interessen der Beteiligten entsprach.

Badstübner/Thomas stellen in diesem Zusammenhang die These auf, daß das Potsdamer Abkommen die Entwicklung in Deutschland nicht in eine volksdemokrati-

154) Schmidt/Fichter, a.a.O., S. 86

155) ebenda, S. 87

156) ebenda, S. 90

157) Schumacher, a.a.O., S. 7

sche oder bürgerlich-demokratische Richtung präjudiziert habe und daß die einzigen, die durch diese Beschlüsse etwas verloren hätten, die deutsche Monopolbourgeoisie gewesen sei; ihre These leitet sich dabei von vertraglich fixierten Rechtspositionen ab. Sie übersehen dabei aber, daß es einen Dissens in der Interpretation des Potsdamer Abkommens gegeben hat, daß z. B., wie auch der US-Historiker Gimbel ausführt, die USA Deutschland als ein Feindstaat besetzt hatten und keineswegs in erster Linie ein Interesse an einer Demokratisierung Deutschlands gehabt haben. Die Politik der Militärregierung zeigt deutlich den "Vorrang der Interessen gegenüber den Idealen." (158)

Die konkrete Besatzungspolitik hat denn auch sehr schnell die Unterschiede im Vorgehen der einzelnen Besatzungsmächte deutlich gemacht. Die Einflußnahme auf die parteipolitische und gewerkschaftliche Entwicklung in Deutschland, die in erster Linie auf die Verhinderung der basisorientierten Einheitsfront und auf Bündnistendenzen hinzielte, kann als anschauliches Beispiel dafür gewertet werden.

In Deutschland selbst sind die Unterschiede im Vorgehen der Besatzungsmächte nicht erst seit Beginn des Kalten Krieges sichtbar geworden, sondern sie zeichnen sich in allen wichtigen Fragen schon sehr früh ab.

Diese Tatsache muß auch gegen die von Badstübner/Thomas angewendete These gesetzt werden, daß sich erst über einen Rechtsruck in der US-Bourgeoisie unterschiedliche politische Konzeptionen der Alliierten durchgesetzt hätten. Erst dadurch, daß eine besonders aggressive Abteilung der US-Bourgeoisie die politische Führung in den USA übernommen habe, sei die gemeinsame politische Basis in der Deutschlandpolitik untergraben worden. Auch wenn nicht zu bestreiten ist, daß sich mit dem Beginn des Kalten Krieges die Differenzen klar herausgearbeitet haben, so darf doch nicht übersehen werden, daß die USA von Anfang an in Westdeutschland "den Sozialismus verhindern und dem Kommunismus zuvorkommen wollten." (159) Dieses Interesse hat auch im Potsdamer Abkommen seinen Ausdruck gefunden. "Mit ihrer Zustimmung zum § 12 des Potsdamer Abkommens, der die Dezentralisierung des deutschen Wirtschaftslebens vorsah, mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft . . . verzichtete die UdSSR formell auf die Durchsetzung ihrer eigenen Sozialisierungsvorstellungen." (160)

Eine Verleugnung dieser Tatsache kann nur dadurch verursacht sein, daß die SED-Geschichtsschreibung dem Potsdamer Abkommen apologetisch einen Erfolg der friedlichen Koexistenzpolitik abgewinnen muß. In anderer Hinsicht ist die Interpretation des Unterlaufens des Potsdamer Abkommens noch problematischer. Dadurch, daß eine besonders aggressive Kapitalfraktion die Aufkündigung der friedlichen Koexistenzpolitik verursacht habe, wird indirekt unterstellt, daß eine andere friedlichere Abteilung in Fortführung der Roosevelt-Politik durchaus die Gewähr für eine antifaschistische Demokratisierungspolitik in Deutschland geboten hätte.

158) Gimbel, a.a.O., S. 306

159) Gimbel, a.a.O., S. 13

160) Schmicht/Fichter, a.a.O., S. 86

Diese Auffassung unterschlägt die Frage danach, wie und warum sich die Eindämmungspolitik der USA durchsetzen mußte. Das bestimmende Interesse der USA an einer Rekonstruktion des Weltmarktes unter ihrer Führung, das zuerst in dem Abkommen von Bretton Woods seinen Ausdruck findet, die Probleme, die sich durch die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion ergaben (161), insbesondere die innerökonomischen Konsequenzen für den US-Kapitalismus, diese Momente müssen zuvörderst untersucht werden, bevor aus dem Herrschaftsanspruch von Bourgeoisieteilern ein politischer Rechtsruck allein abgeleitet wird. Erst nach einer solchen Analyse ließe sich klären, wodurch die Aufkündigung der Koexistenzpolitik Rooseveltscher Prägung objektiv begründet ist. Der Verzicht auf die Analyse und die nur aus der Frontstellung zur UdSSR begründete Machtpolitik der USA hat die KPD in ihrer Agitation bis an den Rand der Unglaubwürdigkeit gebracht. In dem Maße wie sich ihr Kampf um die Herstellung einer antifaschistischen Bündnispolitik mit der Agitation für die deutsche Einheit verband, bezeichnete sie die Politik der westlichen Alliierten als Kolonisierungspraxis. Dadurch entging ihr, obwohl gewisse Praktiken durchaus mit kolonialistischen Methoden vergleichbar waren, daß die Alliierten ein differenziertes Herrschaftsinstrumentarium anwandten, das dem schließlichen Zweck der Restauration eines funktionstüchtigen, hochentwickelten Kapitalismus diene, das also gegenüber der deutschen Bourgeoisie von einer Kolonisierungspolitik keine Rede sein konnte. Selbst wenn Konkurrenzdemontagen und speziell das Ruhrstatut gegen die Interessen der deutschen Bourgeoisie gerichtet waren, hätte, indem die Restauration des Kapitalismus in Deutschland als Prozess innerhalb internationaler Konstellationen betrachtet worden wäre, eine materialistische Analyse zu dem Ergebnis führen müssen, daß keine Kolonialisierung, sondern die Restauration stattfand. Allein die Herstellung eines Zusammenhanges zwischen den ökonomischen Interessen der USA und ihren politischen Praktiken in Deutschland hätte gezeigt, daß die USA an Deutschland als an einem Investitionsgebiet und Absatzmarkt interessiert gewesen waren; und nur ein ökonomisch entwicklungsfähiges kapitalistisches System in Deutschland hätte diesem Interesse entsprechen können. Gerade um dieses Ziel zu erreichen haben sich die USA z. B. gegen die Teilungspläne Frankreichs durchgesetzt. (162)

Abgesehen von der ökonomischen Unhaltbarkeit der Kolonisierungsthese enthielt sie die Gefahr, daß sie politisch auf die Rolle der Sowjetunion in der SBZ zurück schlagen konnte. Die Agitation gegen die sogenannte Kolonisierung Westdeutschlands wurde während der Auseinandersetzungen um den Marshallplan aktuell. Ulbricht sprach von einem Plan "der Zerreißung Deutschlands und der nationalen Versklavung Westdeutschlands". (163) Zum gleichen Zeitpunkt betrug der Anteil der SAG's (bei den SAG's handelte es sich um Sozialistische Aktiengesellschaften, die aus Reparationsgründen im Besitz der UdSSR waren) an der industriellen Gesamt-

- 161) Earkins, Kapitalistische Planung und Nachkriegsexpansion, in: Horowitz, Big Business und Kalter Krieg, Berlin 1969
- 162) Frankfurter Rundschau vom 3.1.72, Frankreich wollte Rheinstaat  
siehe auch:  
Gimbel, a.a.O., S. 13 f
- 163) Ulbricht, in: Der deutsche Zweijahresplan 1949/50, Berlin 1948, S. 10



produktion der SBZ rund 22 %. (164) Allein der Hinweis auf diesen enorm hohen Anteil der Sowjetunion an der Gesamtproduktion der SBZ dürfte die Kolonisierungsthese in ein anderes Licht rücken. "Die SAG-Betriebe waren Fremdkörper im deutschen Wirtschaftsgefüge, weil sie ausschließlich von den Sowjets geleitet wurden und außerhalb aller deutschen Rechtsbeziehungen standen . . . Die in den SAG's verarbeiteten Rohstoffe wurden jedoch überwiegend aus deutschem Besitz genommen." Gniffke beschreibt noch die Praxis sowjetischer Handelsgesellschaften in der SBZ. "Die bekannteste und bei der Bevölkerung bestgehaßteste war die Rasno-Export. Sie nutzte die Not der Bevölkerung nach Kräften aus und holte aus ihr heraus, was herauszuholen war. Sie übernahm Gold und Silber . . . sie bezahlte in Zigaretten zu Schwarzmarktpreisen." (165)

Es darf als sicher angenommen werden, daß die antikommunistischen Sozialdemokraten die Besatzungspraktiken der Sowjetunion nach Kräften bemüht haben, wenn die KPD mit ihrer Kolonisierungsthese gegen die Zustimmung zum Marshallplan kämpfte. Bei den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die Zustimmung zum Marshallplan wies die KPD zu Recht auf die aus dem ERP resultierende Spaltung Deutschlands hin. Die Gewerkschaftsführer begründeten ihre Zustimmung zum Marshallplan mit dem Hinweis auf das Elend der Arbeiter. "Wenn wir uns diesen Notstand, der einen unerträglichen Grad angenommen hat, vergegenwärtigen, so finden wir: Es erwächst daraus für jeden einzelnen von uns sowie auch für die Führer der Gesamtheit die Verpflichtung, nichts zu unterlassen, was geeignet ist, uns von diesem unerträglichen Elend zu befreien. Unsere Wirtschaft muß um jeden Preis – koste es, was es wolle – wieder in Gang gesetzt werden." (166)

Es ist zu vermuten, daß diese Zustimmung umso leichter fiel, je weniger viele Arbeiter und Gewerkschafter in der sowjetischen Besatzungszone eine Alternative sahen. Es ist daher auch kein Zufall, daß mit der "Zustimmung der Gewerkschaften zum Marshallplan sich die Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Opposition verschärfen und ihren Charakter änderten . . . Der traditionelle Antikommunismus der Gewerkschaftsführung, der unmittelbar nach dem Kriege an Bedeutung verloren hatte, lebte im Rahmen des Kalten Krieges mit der Zurückdrängung des Einflusses der Mitgliedschaft und der bewußten Absetzung von der Entwicklung in der SBZ/DDR . . . wieder auf." (167) Die Niederlage der kommunistischen Gewerkschafter im Kampf um die Ablehnung des Marshallplans ist ein Beispiel dafür, daß die unmaterialistische Kolonisierungsthese, die durch die reale Entwicklung schon bald für jeden Arbeiter sichtbar widerlegt wurde, der antikommunistischen Agitation Tür und Tor öffnete; sie trug mit dazu bei, daß die KPD innerhalb der Arbeiterschaft zunehmend an Basis verlor.

---

164) Weber, H., Von der SBZ zur DDR 1945-1968, Hannover 1966, S. 46  
siehe auch:

Neues Deutschland, vom 8. Aug. 1958

165) Gniffke, a.a.O., S. 199, S. 201

166) Protokoll des außerordentlichen Bundeskongresses des DGB für die britisch besetzte Zone vom 16.-18. 6. 1948 in Recklinghausen, S. 38 in: Blunck, a.a.O., S. 96

167) Blunck, a.a.O., S. 97/98

Die Niederlage der Bündnispolitik in der Marshallplanfrage ist begleitet von einer Reihe anderer Niederlagen. Auf dem Höhepunkt der Massenmobilisierung im Jahre 1947, als es unter anderem um die Sozialisierung der Schlüsselindustrien ging, verzichtete die KPD auf den Generalstreik mit der Begründung, daß er als "falsche, schlechtweg antikapitalistische Aufgabenstellung nur dazu führe, die Bündnismöglichkeiten der KPD einzuzengen, sie in die Isolierung und breite kleinbürgerliche und bürgerliche Kreise erneut in die Verstrickung reaktionärer Politik treibe." (168) Ein erfolgreicher Generalstreik hätte aber die Position gegenüber den reformistischen Hinhaltenaktiken der SPD verbessert und damit zugleich die Bündnismöglichkeiten der KPD. Dies, weil sie über einen konkreten Kampf vermittelt gewesen wären. Andererseits beweist nachgerade der Erfolg der SPD und CDU in den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kreisen, daß eine aus bündnispolitischen Rücksichten motivierte Abwägungstaktik nicht immer die Chancen einer Einheitsfront verbessert. Nicht zuletzt der Verzicht auf ein offensives Vorgehen der KPD hat dann dazu beigetragen, daß die Sozialisierungsanträge der KPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen der SPD und CDU niedergestimmt wurden. (169)

Schmidt/Fichter sind, indem sie sich auf die Kämpfe um den Marshallplan und auf die Frage der Überführung der Schlüsselindustrien beziehen, der Ansicht, daß die Niederlage der KPD nicht ohne die sowjetische Deutschlandpolitik erklärbar ist. (170)

Dem ist zuzustimmen; aber es muß hinzugefügt werden, daß die KPD aufgrund ihrer klassenanalytischen Grundlagen nicht in der Lage gewesen ist, selbst über eine eigene Analyse der objektiven Bedingungen des Reproduktionsprozesses die Entwicklung einzuschätzen.

Die klassenspezifische Begründung ihrer antifaschistisch-demokratischen Bündnispolitik, die Einschätzung des Potsdamer Abkommens, beides beruhte nicht auf einer selbständigen konkreten Kapitalismusanalyse. Mit ihrem Verzicht darauf, bei bloßer Berufung auf ihre Brüsseler und Berner Beschlüsse, hat sie sich dem Gang der Entwicklung des Rekonstruktionsprozesses ausgeliefert, ohne noch über ein Instrumentarium zu verfügen, das ihr die dem Rekonstruktionsprozess kohärente Klassenbewegung erschloss. Der anfangs durch den Kriegs- und Faschismusschock bewirkten Einheitswilligkeit wurde durch die Formierung der alten kapitalistischen Kräfte mehr und mehr der Boden entzogen, bis es schließlich der Politik der SPD und der Gewerkschaften gelang, die KPD zu isolieren. Diesem reformistischen Ziel hatte die KPD nichts entgegenzusetzen; von der Hilflosigkeit gegenüber der realen Bewegung zeugt auch die moralistische, falsche Kritik an Kurt Schumacher, dem man nur Verrot vorzuwerfen mußte, ohne noch zu klären, durch welche objektiven Faktoren begünstigt, Schumacher die Einheitsfront und die Bündnispolitik verhindern konnte.

---

168) Badstübner, Die Restauration in Westdeutschland, Berlin 1965, S. 47

169) Schmidt/Fichter, a.a.O., S. 88

170) ebenda

### III. Theoretische Neuorientierung und Bündnispolitik der DKP

#### *Vorbemerkung:*

Der bisherige Gang der Darstellung hat die Bündnispolitik vornehmlich im Zusammenhang der wechselnden historischen Bedingungen untersucht. Es zeigte sich, daß die theoretischen Grundlagen der Bündnispolitik einen relativ untergeordneten Stellenwert hatten, während gleichzeitig die praktisch politische Funktion der Bündnispolitik zur Abwehr des Faschismus und des Nachkriegsimperialismus im Vordergrund stand. Eine diese Arbeit tragende Hypothese ist dadurch bestimmt, daß die Politik der KPD immer die Spur sowjetischer Interessen aufwies und daß alle wichtigen Modifikationen in der Theorie und Praxis der KPD letztlich von der KPdSU initiiert worden sind. Auch wenn man nicht behaupten kann, daß die Niederlage der KPD im Rekonstruktionsprozess des deutschen Kapitalismus verursacht ist, so ist sie doch nicht ohne die Deutschlandpolitik der SU zu verstehen. In der Zeit nach Gründung der BRD führte die KPD einen verzweifelten Existenzkampf, der programmatisch hauptsächlich ein Kampf gegen das Roll-back, gegen die Wiederaufrüstung, also ein Kampf für den Frieden war. Diese Phase kommunistischer Politik, die mit dem KPD-Verbot endete, wird hier nicht untersucht. Für die Zwecke dieser Arbeit kommt es primär darauf an, das Verhältnis zwischen theoretischer Begründung der Bündnispolitik und historischer Praxis herauszuarbeiten. Die Initiative zur theoretischen und praktischen Veränderung der Politik ist nach der Gründung der Bundesrepublik völlig auf die sozialistischen Staaten, insbesondere auf die Sowjetunion, übergegangen. So stellt denn erst der XX. Parteitag der KPdSU die Weichen für neue strategische Konzeptionen, die im Nachvollzug von allen kommunistischen Parteien Westeuropas durchfahren wurden. Es ist also zu untersuchen, wie seit dem XX. Parteitag Theorie und Praxis modifiziert wurden, wie sich diese Modifikationen bis heute durchsetzen und inwieweit auch und gerade die Bündnispolitik der DKP davon bestimmt ist.

#### **Die Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU**

Der XX. Parteitag stellt für Teile der kommunistischen Weltbewegung den Sündenfall, den Biss in den Apfel des Revisionismus dar. "Der XX. Parteitag der KPdSU war der erste Schritt der Führer der KPdSU auf dem Wege zum Revisionismus." (171) An diese chinesische Auffassung hängen sich auch Organisationen wie die sogenannte "KPD" (AO-Westberlin).

Diese Studentenorganisation meint: "Nach dem Tode Stalins gelang es der Clique um Chruschtschow ihre revisionistischen Ansichten zum Programm der KPdSU zu erheben; (auf dem berüchtigten Parteitag der KPdSU)" (172) Die dogmatische Weigerung vor der historischen Tatsachen entsprechenden Einsicht, daß es sich bei dem XX. Parteitag keineswegs um ein Verlassen der allgemeinen theoretischen und prak-

171) Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, in: Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns, Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, von der Redaktion der RenminRibao und der Zeitschrift Honqui, 6. Sept. 1963, S. 67

172) "Rote Fahne", Nr. 21, Jg. 71, Zeitung der sogenannten "KPD" (vormals "A.O."), Berlin 1971, S. 13

tischen Grundzüge der kommunistischen Bewegung handelt, sondern um ihre konsekutive Fortentwicklung, hat eine Verzerrung der "Revisionsmuskritik" in der Weise verursacht, daß ihr der Begriff für eine kritische Reflexion auf die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung verloren gegangen ist. Sie ist auch mit dafür verantwortlich, daß die Kritik an der KPD/DKP in Deutschland nie ihre sektiererischen Züge verloren hat.

Einer die historische Kontinuität überschauenden Analyse kommt daher die Aufgabe zu, in der Frage des XX. Parteitages, den Zusammenhang zwischen der stalinistischen Strategie und der dem XX. Parteitag folgenden herzustellen. Die einschneidenden Veränderungen dieses Parteitages beziehen sich auf vier Punkte. Es wird verkündet:

- Kriege sind vermeidbar
- Wesentliches Ziel der sowjetischen Politik ist daher die Herstellung der friedlichen Koexistenz zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Welt-system
- Der Aufbau des Sozialismus geht auf unterschiedlichem Wege, entsprechend den nationalen Besonderheiten in den einzelnen Ländern vor sich.
- Auch ein friedlicher parlamentarischer Weg zum Sozialismus ist möglich; es besteht für einzelne Länder durchaus die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus. (173)

Der Hintergrund auf dem diese neuen Thesen formuliert wurden ist in der Gesichtsschreibung der SED "vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sich die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten zu einem festen sozialistischen Bündnis zusammengeschlossen hatten." (174) Zugleich "schwoll in allen Teilen der Erde die internationale Befreiungsbewegung an und unterminierte die Grundfesten des imperialistischen Kolonialsystems." (174) (175) Allerdings war es in den imperialistischen Ländern gelungen "die revolutionäre und demokratische Bewegung zurückzudrängen." (176) Ein neues Moment in der so gekennzeichneten politischen Lage war durch "einschneidende Veränderungen auf militärtechnischem Gebiet" (177) gesetzt. Unter der Bedingung der thermonuklearen Bedrohung der gesamten Welt entwickelte die KPdSU "eine prinzipiell neue These zur marxistisch-leninistischen Theorie über den Krieg." (178) Kernstück des XX. Parteitages ist daher "die schöpferische Weiterentwicklung der Leninschen Lehre von der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung." (179) Von dieser schöpferischen Weiterentwicklung hängen nicht unwesentlich die Modifikationen in der

173) Neues Deutschland vom 19. Febr. 1956 siehe auch:

Weber, H., a.a.O., S. 104

174) GDAB, Bd. 8., Berlin 1966, S. 11

175) ebenda

176) ebenda

177) ebenda

178) Gromyko, Die friedliche Koexistenz – der leninistische Kurs der Außenpolitik der SU, Berlin 1962, S. 56

179) GDAB, a.a.O., S. 13

neuen Strategiebestimmung ab. Indem die KPdSU vom "Hauptwiderspruch unserer Epoche", dem antagonistischen Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus ausging, implizierte die "Zwei-Lager-Theorie" seit dem XX. Parteitag als zusätzliches Moment die Alternative: "Friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder ein atomarer Krieg, so lautete nunmehr die Frage." (180)

Mit dieser Alternative wird ein durch die technologische Entwicklung entstandener Sachzwang zum Sperriegel kriegerischer Entladung des "Grundwiderspruchs unserer Epoche". Nur dadurch, daß überhaupt der historisch konkrete Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit, als durch das prozessierende Kapitalverhältnis gesetzt, in der Sowjettheorie seit langem durch die Zwei-Lager-Theorie abgelöst war, konnte es möglich werden, daß "die Frage von Krieg und Frieden aus dem Zusammenhang des internationalen Klassenkampfes gelöst und unter der machtpolitischen Abschreckungsperspektive gesehen wird." (181) Im Unterschied zu Stalin, der immer die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen angenommen hat und der der Ansicht war, daß in dem Maße, wie sich die antagonistischen Systeme diametral entwickeln würden, der Klassenkampf verschärfen würde (182), konzipierte die neue außenpolitische Generallinie Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die als "das allgemeine Völkerrecht in Aktion, das zur Hauptnorm geworden ist", angesehen wurde, wodurch "Gewaltanwendung ausgeschlossen" wird, besonders dann, wenn "die UdSSR und die USA in einer einheitlichen Front für die Interessen des allgemeinen Friedens eintreten." (183)

Da friedliche Koexistenz als Sachzwang objektiv gegeben ist, verlagert sich die Ebene des politischen Kampfes der Systeme auf die ökonomische Entwicklung. "Friedliche Koexistenz bedeutet Kontakte, ständige Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme, Wettbewerb um die beste Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und auch eine bestimmte gegenseitige Hilfe durch den Handel und die Ausnutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung." (184) Der friedliche Wettbewerb wird zum Krieg mit anderen Mitteln. Diese Auffassung wird bestätigt durch die Erwartung Chruschtschows, daß "wenn die VR China zu einem mächtigen Industriestaat geworden ist, wenn alle sozialistischen Länder zusammen mehr als die Hälfte der Industrieproduktion erzeugen werden, dann wird sich die internationale Situation grundlegend ändern." (185)

Chruschtschow nimmt also an, daß in absehbarer Zeit die volle Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus auf dem Gebiet der Produktivkräfte sichtbar werden muß. Einstweilen entsprach aber die internationale Lage nicht den Prin-

180) ebenda

181) Schmiederer, a.a.O., S. 29

182) GDAB, Bd. 8, a.a.O., S. 18

183) Gromyko, a.a.O., S. 233, S. 255

184) ebenda, S. 230 siehe auch:

Schmiederer, a.a.O., S. 32/33

185) Chruschtschow, Referat auf dem XX. Parteitag, In: Welt ohne Waffen, – Welt ohne Krieg – , Berlin 61, S. 5

zipien der friedlichen Koexistenz. In seinem Rechenschaftsbericht auf dem XX. Parteitag charakterisiert Chruschtschow die ökonomische Lage des Kapitalismus als bestimmt 1. durch die Militarisierung der Wirtschaft und das Wettrüsten; 2, durch eine verstärkte wirtschaftliche Expansion der führenden kapitalistischen Länder; 3. durch die Erneuerung des fixen Kapitals, 4. durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und durch die Senkung des Reallohns der Werktätigen. (186) Damit nimmt er einen durch diese Faktoren bestimmten und deshalb noch prosperierenden Kapitalismus zur Kenntnis, der zwar objektiv nach wie vor gefährlich ist, der andererseits aber durch die Existenz eines gefestigten sozialistischen Lagers und durch die permanente Gefahr eines atomaren Krieges in seine Schranken gewiesen werden kann.

Friedliche Koexistenz herrscht sich dem Kapital als ein Gesetz auf, zumal dann, wenn sich eine internationale Einheitsfront aller friedliebenden Kräfte entwickelt, die auch den Kampf der nationalen Arbeiterklassen für den Frieden und die Demokratie einbegreift. Diese so gesetzte Einheitsfront ist auch der beste Garant für eine "Revolution auf evolutionärem Wege" (187), die durch eine breite Bündnispolitik Stück für Stück erfolgreich sein kann. Die SED bekräftigt zugleich diese neue Konzeption. "Kraft der Existenz des Weltsystems des Sozialismus sind die Möglichkeiten gegeben, den Sieg des Friedens und der Demokratie, sowie des sozialen Fortschritts in allen Ländern, in denen die Massen danach streben, über die Kräfte des Krieges und der Reaktion herbeizuführen." (188) Der Kampf für den Frieden wird mit dem Kampf für den Sozialismus identisch. Diese Akzentverlagerung in der internationalen und nationalen Strategie der kommunistischen Arbeiterbewegung mußte eine Welle von theoretischen Neuorientierungsversuchen auslösen, zumal in einer Polit-Ökonomie, die sich bislang in einer undifferenzierten und pauschalen Beschwörung des Niedergangs des Kapitalismus erschöpfte. Aus diesem Grunde ist die eigentliche Bedeutung des XX. Parteitages für die Zwecke dieser Darstellung am besten in der Analyse der ihm folgenden theoretischen Arbeiten darzustellen.

## Die neuere Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

### a) Aspekte des Nachkriegsaufschwungs

Der XX. Parteitag forderte neue Anstrengungen auf dem Gebiet der politischen Ökonomie der kapitalistischen Länder. Es wurde festgestellt: "Wir bleiben beim Studium der gegenwärtigen Etappe des Kapitalismus zurück, wir befassen uns nicht mit dem gründlichen Studium der Tatsachen und Zahlen . . . wir geben keine tiefgründige Analyse im Leben anderer Länder." (189) Als Beispiel für die Neuorien-

- 186) Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, in: der XX. Parteitag der KPdSU, Düsseldorf 1956, S. 11 siehe auch: Petrowski, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 1 Nov. 71, Berlin, S. 142
- 187) Schmiederer, a.a.O., S. 58
- 188) Dokumente der SED, Beschlüsse und Erklärung des ZK sowie seines Polit-Büros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin 1958, S. 43-48, sowie GDAB, Bd. 8, a.a.O., S. 437
- 189) Mikojan, Den Leninismus in die Tat umsetzen, In: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, a.a.O., S. 270

tierung der Fragestellung in der Mitte der 50er Jahre wertet M. Wirth die Diskussionen auf der Konferenz zum Thema "Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland", die im Januar 1956 an der Berliner Humboldt-Universität stattfand. (190) Dieser Abschnitt verfolgt nicht den Zweck der Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Es soll nur gezeigt werden, wie die im vorigen Abschnitt gezeigten Einschätzungen der Nachkriegsentwicklung korrigiert werden.

Die Stoßrichtung dieser Diskussion verlief in zwei Richtungen: es sollte versucht werden, die "theoretische Form für neue Erscheinungen, zu denen die Klassiker unserer Wissenschaft noch nichts sagen konnten", zu finden; andererseits ging die Diskussion in die Richtung, den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit einem neuen Inhalt zu füllen: "Doch, was unsere Kollegen in erster Linie untersuchen müßten, . . . wie der den westdeutschen Monopolen vollkommen untergeordnete Bonner Staatsapparat im Interesse der Monopole wirkt, wie die westdeutschen Konzerne und Trusts den Bonner Staatsapparat zur Sicherung ihrer Maximalprofite und zu Festigung ihrer Herrschaft benutzen." (191) Gegenüber den früheren wissenschaftlichen Arbeiten sollte also festgestellt werden, wie "nicht der Einfluß der Monopole an sich, sondern die Auswirkungen dieses Einflusses auf die staatliche Politik und damit auf den Reproduktionsprozess wirken." (192)

Naturgemäß entstanden zunächst Arbeiten, die sich mit den Ursachen des langanhaltenden Wachstums der kapitalistischen Weltwirtschaft, speziell aber mit den Aufschwungsfaktoren des BRD-Kapitalismus befassen. Allen Arbeiten kommt es darauf an, neben der Darstellung der relativ günstigen materiellen Grundlage für einen ökonomischen Aufschwung nach dem II. Weltkrieg, die Funktion staatlicher Maßnahmen darzustellen. "Die Monopole benutzten den ihnen untergeordneten Staatsapparat in immer stärkerem Maße dazu, die Wirtschaft zu regulieren und sich Höchstprofite zu sichern." (193) Die politischen und ökonomischen Bedingungen, in deren Rahmen sich die Entwicklung des Aufschwungs bewegt, werden mit dem Datum der Gründung der Bundesrepublik zunehmend selbständig von der deutschen Monopolbourgeoisie reguliert. Hervorstechend ist, daß "als Ausdruck der II. Etappe der allgemeinen Krise" (194) und den damit verbundenen verschärften Widersprüchen ein "höherer Grad der Verschmelzung von Monopolen und Staat" (195) hergestellt wird. Die Funktion der Verschmelzung ist die Schaffung günstiger Bedingungen für einen konjunkturellen Aufschwung auf Kosten des Volkes. Staatliche Maßnahmen sind im einzelnen: Umverteilungen auf dem Wege steuerlicher Maßnahmen, insbe-

- 190) Wirth, M. a.a.O., S. 43 siehe auch:  
Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland, Protokoll des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der DAdW zu Berlin vom 26.-29.1.1956, Schriften der DAdW Nr. 5 Berlin 1956
- 191) ebenda, S. 16
- 192) Wirth, a.a.O., S. 44
- 193) Heininger, a.a.O., S. 260
- 194) Imperialismus Heute, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Herausgeber: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1967, S. 90
- 195) ebenda

sondere für den Zweck von Investitionsfinanzierungen; Förderung der Konzentration und Zentralisation; Förderung des Exports; Einrichtung von für die Reproduktion und Akkumulation relevanten Staatsbetrieben; Disziplinierung der Arbeiterklasse u.a.m. Die Abteilung für Agitation und Propaganda beim ZK der SED faßt die Nachkriegsentwicklung wie folgt zusammen:

- Hauptmerkmal unserer Epoche ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab . . . Dieser Prozess hat zur Herausbildung des sozialistischen Weltsystems geführt. (196)
- Den miteinander im Kampf stehenden gesellschaftlichen Systemen entsprechen zwei Entwicklungslinien der internationalen Entwicklung. Während das sozialistische Weltsystem ständig Fortschritte macht, nimmt die allgemeine Krise des Kapitalismus ständig zu.
- Die Nachkriegskonjunktur ist auf folgende Faktoren zurückzuführen: 1. Die Zerstörungen des II. Weltkrieges riefen eine große Nachfrage nach neuen Produktionsmitteln und notwendigen Konsumgütern hervor. 2. Massenhafte Investitionen wurden notwendig, weil im Gegensatz zum I. Weltkrieg keine nennenswerten Erneuerungen der Produktionsanlagen vorgenommen wurden. Die Investitionskonjunktur wurde durch die nach dem II. Weltkrieg einsetzende Umwälzung der Produktionstechnik wesentlich gefördert. 3. Die Imperialisten betrieben und betreiben eine umfassende Militarisierung der Volkswirtschaft, die in Friedenszeiten noch nie in einem solchen Umfang wie nach dem II. Weltkrieg durchgeführt wurde. 4. Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus ist von großer Bedeutung. Dabei spielt die Tatsache, daß Westdeutschland zur Hauptbasis der imperialistischen Aggressionspläne ausgebaut wurde, eine besondere Rolle. Die Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß die allgemeine Krisenhaftigkeit des Systems zu verschärfter Aufrüstung, zu Kapital- und Warenexport und zur verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse führt; denn die Herrschaftsfunktionen des Systems werden von der aggressivsten imperialistischen Gruppe gesteuert.

Der letzte Aspekt hatte in der damaligen Diskussion über den staatsmonopolistischen Kapitalismus einen gewissen Vorrang. Die Verschmelzung von Staat und Monopolen zu einem einheitlichen Mechanismus wird als besonders charakteristische Erscheinung im Zusammenhang mit einer "umfassenden und unmittelbaren Militarisierung der Wirtschaft" gesehen. (197)

#### *b) Grundzüge der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus*

Wenn man davon ausgehen muß, daß die Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine längere Periode umfaßt und daß man im eigentlichen Sinne von einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus erst ab Mitte der 60er Jahre sprechen kann (197 a), dann erfordert die Ausarbeitung dieses Ent-

196) Konjunktur, Krise, Krieg, in: Einheit, 13. Jg., Heft 12, Berlin 1958, S. 1794/95

197) GDAB, Bd. 8, a.a.O., S. 173/175

197a) Wirth, a.a.O., S. 272



wicklungsprozesses eine Anstrengung, die im Rahmen dieser Arbeit nicht erfüllt werden kann. Überdies kann man auch nicht von einer in sich abgeschlossenen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sprechen. Da also die einzelnen Arbeiten in ihren Aussagen differieren, z. B., da "Imperialismus der BRD" gegenüber "Imperialismus heute" differenziertere Aussagen macht, müßten diese Unterschiede in einem gesonderten Arbeitsschritt dargestellt werden.

Innerhalb der Diskussion über die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird die entscheidende Wende "durch die These von der Einbeziehung des Staates in den Reproduktionsprozess" (198) bewirkt. Die Bedeutung dieser These wird hier nur soweit verfolgt, wie sie mit in den Begründungszusammenhang der Bündnispolitik der KPD/DKP impliziert ist. Bei der folgenden Darstellung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird also von allen Detailproblemen abgesehen; es wird nur versucht, die Grundzusammenhänge darzustellen.

Nachdem die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung das Stadium des Konkurrenzkapitalismus und des Monopolkapitalismus durchlaufen hat, eröffnet sie eine neue, die letzte Phase: die des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ihre Charakteristika sind:

1. Der Staat ist mit den Monopolen zu einem einheitlichen Funktionsmechanismus zusammengewachsen. (199)
2. Die ökonomische Tätigkeit des Staates umfasst alle Bereiche der Wirtschaft. (200)
3. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist internationalisiert.
4. Die ökonomische Funktion des Staates ist immanenter Faktor des Reproduktionsprozesses.
5. Es setzt sich eine gewisse Veränderung der Wirkungsweise ökonomischer Gesetze durch. Dadurch verändert sich gleichzeitig der Bewegungsablauf der kapitalistischen Widersprüche.
6. Alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens werden vom staatsmonopolistischen Kapitalismus durchdrungen.

Allen Analysen, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus als Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des Staates zu einem einheitlichen Funktionsmechanismus beschreiben, ist als theoretischer Ausgangspunkt ein spezifischer Monopolbegriff gemeinsam. "Die wichtigste ökonomische Erscheinung des Imperialismus ist bekanntlich das Monopol, worunter man jene aus dem Konzentrations- und Zentralisationsprozess gesetzmäßig hervorgewachsene Organisationsform versteht, die in dem jeweils von ihr beherrschten Bereich die freie Konkurrenz ausschaltet und sie durch die Kombinierung, Koordinierung und Regulierung der die Profitrate beeinflussenden Faktoren ersetzt." (201)

Große Kapitale schalten danach alle "anderen Träger des Wirtschaftsleben aus" und drängen zum politischen Monopol, d.h. zur autoritären Herrschaft dieser großkapi-

198) ebenda, S. 273

199) Imperialismus Heute, a.a.O., S. 141

200) ebenda

201) ebenda, S. 758

talistischen Gruppe. (202) Diese mit ökonomischer und außerökonomischer Gewalt kombinierten Veränderungen setzen zugleich ein neues Ausbeutungsverhältnis, "das den Rahmen des eigenen Kapitals bei weitem übersteigt". (203) Das neue Ausbeutungsverhältnis "führte im Laufe der 50-iger Jahre zu einer qualitativ neuen Stufe der imperialistischen Entwicklung." (204) Die Vergesellschaftung der Produktion unter kapitalistischen Bedingungen, im Zusammenhang mit der Existenz des sozialistischen Weltsystems betrachtet, ergibt folgende Momente:

- Der Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage "sich auf der Basis der ihm eigenen Gesetze zu regulieren." (205) Die Zuspitzung des Widerspruchs von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ist also insbesondere dadurch charakterisiert, daß die "Bedingungen der Aufrechterhaltung des Systems als Ganzes –also die vom Staat zu sichernden Formen der Organisation der Gesamtgesellschaft–, immer mehr zu unmittelbaren Voraussetzungen auch der privaten Profiterwirtschaftung werden." (206) Dies ist so, weil "unter den gegebenen historischen Entwicklungsbedingungen . . . ökonomische und auch politische Schwierigkeiten für einzelne Monopole Gefahren für die gesamte Volkswirtschaft und nicht zuletzt Gefahren für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung" (207) bedeuten, wenn nicht über den Staat die Produktion abgestützt wird.
- Zeigt schon die Begründung der Notwendigkeit staatsmonopolistischer Regulierung die Überlebensfähigkeit des Systems an, so wird dies vollends offensichtlich, wenn die imperialistische Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution betrachtet wird. Deren Erfordernisse bewirken "tiefgreifende strukturelle Veränderungen." (208) Hervorstechend ist, daß die wissenschaftlich-technische Revolution den Monopolisierungsprozess "über den privatmonopolistischen Rahmen hinaustreibt und zu einem ständigen Zusammenwirken und dauerhafter Verflechtung mit dem Staat" führt. (209)
- Kapitalistische Regulierung und Planung hat also die doppelte Funktion, einerseits die überlebten Produktionsverhältnisse abzustützen, andererseits die Produktivkräfte weiterzutreiben. Dies kann nur über die Veränderung staatlicher Funktionen hergestellt werden. Selbst die größten und mächtigsten Monopole sind nicht fähig "im gesamtgesellschaftlichen Maßstab die Erfordernisse der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses mit den Erfordernissen der Profitproduktion in Einklang zu bringen, langfristig-strategische Ziele zu setzen, die sich sowohl aus den inneren ökonomischen Bedürf-

---

202) ebenda, S. 791

203) Heining, Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismusanalyse, Berlin 1970, S.43

204) Imperialismus, Heute, a.a.O., S. 99

205) "Kommunist", Theoretisches Organ "Kommunistischer Bund/ML" Westberlin, Einschätzung des westdeutschen Imperialismus und Aufgaben der Kommunisten, Teil II, Heft 4/5, Dezember 1971, S. 104

206) Wirth, a.a.O., S. 118/119

207) Zieschang, Zu einigen theoretischen Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in: Probleme der Politischen Ökonomie, Berlin 1957, Bd. 1, S. 33

208) Der Imperialismus der BRD, Herausgeber: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1971, S. 99

209) ebenda

nissen der hochgradig vergesellschafteten kapitalistischen Produktion ergeben, als auch die politischen Bestrebungen der imperialistischen Staaten gegenüber der übrigen Welt, insbesondere der sozialistischen, zum Ausdruck zu bringen.“ (210)

- Da der kapitalistische Staat die Aufgabe hat, “als politisches Herrschaftsinstrument der Monopolbourgeoisie deren gesamten Reproduktionsprozess im Kampf der Klassen auch durch Übernahme direkter ökonomischer Funktionen zu sichern”, (211) kommt ihm im einzelnen die Aufgabe zu: die wissenschaftlich-technische Revolution auf dem Wege der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, durch Subventionen, durch die Übernahme kostspieliger technologischer Entwicklungen, durch Rüstungsprogramme u.a.m. zu steuern; andererseits muß er durch umfassende Regulierung der gesamten Volkswirtschaft Monopolprofite, d.h. Höchstprofite sichern, denn nur durch die Realisierung von Höchstprofiten ist das System in der Lage, sich zu reproduzieren.

Da in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus “die staatsmonopolistischen Maßnahmen” nicht mehr nur eine Ergänzung oder eine nachträgliche Korrektur einzelner Folgen kapitalistischer Widersprüche sind (212), – es handelt sich bei ihnen darum, “in allen Phasen des Reproduktionsprozesses möglichst günstige Verwertungsbedingungen” (213) zu schaffen –, analysiert sie den Funktionsmechanismus staatlicher Regulierung unter dem Aspekt von Planung. Logischerweise entsteht dadurch die Frage nach der Funktion des Wertgesetzes. Die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus beantwortet die Frage damit, “daß die spontane Regulierung des kapitalistischen Verwertungsprozesses immer weniger durch das Wertgesetz gewährleistet ist.” (214) Diese Antwort hält sich nicht lange an der Frage auf, ob monopolkapitalistische Regulierung nicht selbst eine Funktion des spontan wirkenden Wertgesetzes ist und ob nicht das Wertgesetz sich immer durch seine “Verletzung” durchsetzt. Anders als in der Marx’schen Theorie, in der “die Wissenschaft eben darin besteht, zu entwickeln, wie sich das Wertgesetz durchsetzt” (215), in der somit begrifflich zu entfalten wäre, wie und warum Planung innerhalb der Grenzen des Wertgesetzes funktioniert, verselbständigt die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus Planung und Wertgesetz gegen einander und kommt zu der Schlußfolgerung, daß das “Nebeneinander und der Zusammenstoß von Wertgesetz und staatsmonopolistischer Regulierung Ausgangspunkt neuer Formen der Spontanität und Anarchie, von Disproportionen, Widersprüchen und Krisenerscheinungen sind.” (216)

Einerseits durchbricht also die staatsmonopolistische Regulierung den “naturwüch-

210) Heininger, Hess, Die Aktualität . . . , a.a.O., S. 87

211) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 247

212) ebenda, S. 331

213) ebenda

214) ebenda

215) Marx, Karl, Brief an Kugelmann vom 11. Juli 1868, in: Briefe über das “Kapital”, Berlin 1954, S. 185

216) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 332

signen Preis- und Profitmechanismus" (217), – dies zum Zwecke der Realisierung des Monopolprofits –, andererseits verschärft sich gerade auch durch den Einbau von Planungsfunktionen der Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung; denn die Ursachen sind gesetzt, nicht durch das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Beherrschung ökonomischer Prozesse, sondern durch die Überlebensfähigkeit des Systems, durch seine Dysfunktionalität, sowie durch seine daraus resultierende Tendenz zur Gewalt. Zum einen wird die Dysfunktionalität des imperialistischen Systems gegenüber dem sozialistischen Weltsystem in der Frage der zyklischen Entwicklung evident. Während im Sozialismus durch ausgewogene und nicht-antagonistische Planung die zyklische Krise ausgeschaltet ist, geht der Imperialismus immer noch seinen zyklischen Gang. Unter dem Einfluß des sozialistischen Weltsystems und der Monopolisierung hat sich allerdings der Charakter der Krisen geändert. "Der Einfluß des Sozialismus auf die Entfaltung der Krisen und des Krisenzyklus, die Veränderungen im Wirken der Krisengesetze durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Rolle der wissenschaftlich-technischen Revolution für die Verwertungsbedingungen des Kapitals, die Investitionstätigkeit, die Entwicklung der Märkte, etc., die Umschlagsbedingungen des fixen Kapitals, die heutigen ökonomischen Beziehungen zwischen Produktion und Markt, der Einfluß des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf das Verhältnis zwischen Abteilung I und Abteilung II im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, der Einfluss der Internationalisierung der Wirtschaft und der Militarisierung, die Entfaltung und zeitweilige Lösung der inneren Widersprüche des modernen Kapitalismus und schließlich der vorhandene und mögliche Kampf der Arbeiter und übrigen Werktätigen auf die Krisen und den Krisenzyklus" – diesen Erscheinungen ist der moderne Imperialismus ausgesetzt. (218) In "Imperialismus der BRD" wird entgegen den Aussagen von "Imperialismus heute" festgestellt, daß der Zyklus wieder ausgeprägtere Formen annimmt. Um dieser Erscheinungen Herr zu werden, bedarf es eines Lenkungsmechanismus, der die durch das Wertgesetz gegebene Spontanität einschränkt. (219) Auf dem Wege des zunehmenden Erkennens und Ausnutzens der ökonomischen Widersprüche, bedient sich die herrschende Klasse eines Instrumentariums, das die Krise auf die Dauer des Zyklus verlagert, damit Dauer und Erscheinungsform der Krise verändert, das allerdings auch die Labilität des Systems erhöht, aber deren akuten Ausbruch abflacht. (220)

Dieses Instrumentarium wird im Staatsapparat bereitgestellt. Die Struktur des staatsmonopolistischen Lenkungsmechanismus, so wie sie in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrachtet wird, kann hier nicht dargestellt werden. (221) Nur punktuell betrachtet, wirkt der staatliche Lenkungsmechanismus auf

- die Steuerung des Kapitalmarktes und des Kreditwesens (221)
- den Staatshaushalt (Auftragserteilungen, Warenkäufe, Subventionen, Stimu-

217) Wirth, a.a.O., S. 93 f

218) Imperialismus Heute, a.a.O., S. 342

219) ebenda, S. 421

220) ebenda, S. 440

221) Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der DAdW, Nr. 22, Berlin 1967, S. 21f

- lierung der Nachfrage etc.) (222)
- Die Steuerpolitik und die damit gegebenen Umverteilungsfunktionen. (223)
- die Lohnpolitik u.a.m.

Dies zu dem Zweck, unter den o.a. Bedingungen, die Profitinteressen der mächtigsten Monopole zu befriedigen, d.h., um an die Stelle der im Konkurrenzkapitalismus spontan regulierten Durchschnittsprofitrate bewußt die Monopolprofitrate herzustellen. (224)

Diese sogenannte Durchbrechung der Schranken des Privatkapitals, die den Monopolen durch die ihnen dienende staatliche Politik Akkumulationsquellen verschafft, läßt ein neues Verhältnis von Ökonomie und Politik entstehen. Die Regulierungsfunktion des Staates macht jede ökonomische Frage zur politischen, sowie umgekehrt jede politische zur ökonomischen. Einerseits ist der Staat "das Instrument, das die Grundlagen der monopolkapitalistischen Ordnung sichert, den Monopolen neue Quellen des Profits erschließt, ihre Expansionspolitik durchzusetzen versucht und die Volksmassen von der Entscheidung über die Politik fernhält" (225), andererseits artikulieren die mächtigsten Monopole ihre Interessen im Staatsapparat im Kampf gegeneinander, – die ökonomische Konkurrenz reproduziert sich auf der Ebene des Staatsapparates als Einflußkampf auf die Wirtschaftspolitik. (226)

Da die grundlegenden Widersprüche in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht als aufgehoben betrachtet werden, sondern als sich auf qualitativ neuer Stufe reproduzierend, – und zwar in der Form der gesellschaftlichen Ausbeutung durch den den Monopolen vollkommen untergeordneten Staat –, äußern sich in ihrer Sicht alle systemimmanenten Widersprüche primär als politische. Die spezifische Verflechtung von Ökonomie und Politik konstituiert daher einen Primat der Politik. "Die grundlegende Ursache und Haupttriebkraft des Übergangs zum staatsmonopolistischen Kapitalismus . . . ist die Bewegung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus in ihrer spezifischen Verflechtung mit den Wechselbeziehungen von Ökonomie und Politik im letzten Stadium des Kapitalismus; es ist das objektiv bestimmte Streben der Monopolbourgeoisie höhere und stabilere Profite durch neue Formen ihrer Aneignung zu sichern, um die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte für sich nutzbar zu machen und die daraus resultierenden Kräfte vorrangig auf die innere und äußere Befestigung des Profitsystems als *Ganzes* (Hervorhebung, C.M.) zu konzentrieren." (227) Die Sicherung des Systems erfordert zugleich die relative Selbständigkeit des Staates vor einzelnen Profitinteressen. Nur dadurch, daß der Staat das mehr oder weniger gleiche Interesse der größten Monopole verfolgt, ist er fähig, seine Regulierungsfunktionen wahrzunehmen. Der Vergesellschaftung der Produktion, die sich in der umfassenden Monopolisierung darstellt, entspricht der Vergesellschaftung des Staates, die sich in seiner Regulierungsfunktion äußert.

222) ebenda, S. 43

223) ebenda, S. 34

224) Heininger, Hess, Die Aktualität . . . , a.a.O., S. 24 f, S. 26 f

225) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 179/180

226) siehe auch:

Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus a.a.O., S. 14 f

227) Imperialismus Heute, a.a.O., S. 147

Der vergesellschaftete Charakter des Staates ist aber reaktionärer Natur. "Die in den Händen des Staates konzentrierten, immer größer werdenden ökonomischen Mittel und seine Maßnahmen sind ihrem Inhalt nach zwar kapitalistisch, besser gesagt monopolistisch, aber ihre Form als öffentliche Mittel und Maßnahmen, die gegenüber der privaten Form des Eigentums an Produktionsmitteln eine relative Selbständigkeit besitzen und über die die Privatmonopole folglich zunächst nur mittelbar verfügen, machen die ökonomischen und gesellschaftlichen Positionen der Monopolbourgeoisie in gewisser Hinsicht labiler und anfälliger." (228) An diese für die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zentrale Aussage ist die Schlußfolgerung geknüpft, daß der reaktionäre Inhalt des Staates, selbst nur noch als Herrschaftsverhältnis betrachtet, durch einen nicht reaktionären, wenn nicht proletarischen, so doch antimonopolistischen Inhalt ersetzt werden kann, und daß die Formen staatlicher Maßnahmen den gesellschaftlichen Interessen der anti-monopolistischen Klassen und Schichten nutzbar gemacht werden können. Diese Schlußfolgerung ist innerhalb der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus logisch, wenn man berücksichtigt, wie sie die Grenzen staatlicher Regulierung im Monopolkapitalismus analysiert und wie sie die Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative dazu begründet. "Spätkapitalismus ohne Perspektive" (229) definiert drei Ursachenkomplexe, die am Beispiel der Bundesrepublik letztlich die Grenzen staatlicher Regulierung bestimmen.

1. Die Phase des extensiven Wachstums schlägt um in eine intensive. Die für die extensive Phase bestimmenden Faktoren hören auf zu wirken. Dies zwingt die Bourgeoisie, sich ein Instrumentarium zu verschaffen, das für die Steuerung einer intensiven Wachstumsphase geeignet ist. (230)
2. Die wissenschaftlich-technische Revolution bewirkt unter kapitalistischen Bedingungen ernsthaft strukturelle Schwierigkeiten. Zum Beispiel verschärft sich die Substitutionskonkurrenz; Bildung, Wissenschaft und Forschung befinden sich in einem unentwickelten Zustand. Letzteres verursacht Wachstumsverluste.
3. Schließlich behindert die wachsende Militarisierung die Entwicklung der Volkswirtschaft.

Das Zusammenwirken dieser Ursachenkomplexe führt zu dem Ergebnis, daß "der Übergang zur Phase intensiven Wachstums nicht nur eine zwangsläufige Folge der aufgetretenen Wachstumshemmnisse ist, sondern auch bewußt angesteuertes Ergebnis der Politik der Monopole." (231) Diese Politik wiederum dient der Ausplünderung des Volkes; sie stellt die Mobilisierung des staatlichen ökonomischen Potentials für die Verwertungsinteressen der Monopole dar. Die Grenzen der staatlichen Regulierung liegen also in dem Herrschaftsinteresse der Bourgeoisie begründet; es ist jedesmal nur das bornierte monopolkapitalistische Interesse am eigenen Überleben, das die widerspruchsfreie Planung verhindert, das im Zuge der wissenschaft-

228) ebenda, S. 689

229) Spätkapitalismus ohne Perspektive, Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus am Ende der 60er Jahre, Herausgegeben vom Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin, Berlin 1969 S. 108 f

230) ebenda, S. 110

231) ebenda, S. 112

lich-technischen Revolution dem technologischen Fortschritt seinen reaktionären Charakter aufzwingt und durch Vergeudung gesellschaftlicher Produktivkraft die Wachstumsfaktoren hemmt. Deshalb kann die staatsmonopolistische Regulierung keine neuen Entfaltungsmöglichkeiten schaffen. "So sehr der Übergang des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu neuen Methoden der Leitung und Lenkung der Wirtschaft seinem Inhalt nach der Sicherung der Monopolinteressen dient, so sehr sind dessen Formen zugleich Zeugnis für die über die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise hinausdrängende Natur der modernen Produktivkräfte. Dieser Widerspruch, der die zunehmende Labilität der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck bringt, äußert sich seinerseits in einer Reihe von einzelnen Widersprüchen, die der Wirksamkeit der neuen Formen der staatsmonopolistischen Regulierung enge Grenzen setzen." (232)

Diese Reduktion der staatlichen Regulierung auf die technische Steuerung der Ökonomie, deren kapitalistischer Rahmen ihrer weiteren Entfaltung hinderlich ist, läuft auf die Forderung hinaus, sozialistische Rahmenbedingungen zu schaffen. In diesem Sinne erfolgt denn auch die Begründung der Notwendigkeit des Sozialismus. Zugleich ist die Taktik der Träger sozialistischer Interessen durch diesen Begründungszusammenhang bestimmt.

### *c. Die Begründung der Bündnispolitik in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.*

Regulierung und gesellschaftliche Ausbeutung bezeichnen in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zwei Seiten derselben Sache. Der Begriff der Regulierung umfaßt die Technik, die Mittel gesellschaftlicher Ausbeutung; gesellschaftliche Ausbeutung ist das Ziel. Die umfassende Anwendung dieser Technik setzt überhaupt eine qualitativ neue Stufe der Ausbeutung. Was die Arbeiterklasse angeht, so wird das qualitativ Neue darin evident, daß "selbst die nominelle Übereinstimmung zwischen Wert und Lohn immer weniger zur Deckung der Reproduktionsbedürfnisse des arbeitenden Menschen ausreicht." (233); denn die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft haben sich heute entscheidend geändert: "Sie bleiben hinter den wachsenden und qualitativ neuen Bedürfnissen zurück." (234)

Zur Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution verteilt der Staat einen immer mehr wachsenden Teil des Nationaleinkommens zu Ungunsten der Arbeiterklasse um. Es liegt zugleich im Wesen der gesellschaftlichen Ausbeutung, daß von ihr alle nicht-monopolistischen Klassen und Schichten betroffen werden. Die "Schicht" der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, die Beamten, der Mittelstand, die Bauern und die nicht-monopolistische Bourgeoisie unterliegen, wenn auch nicht gleichen, so doch ähnlichen Ausbeutungsbedingungen. Ihre objektive sozialökonomische Stellung im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird, in Anwendung der Kategorie der gesellschaftlichen Ausbeutung, als grundlegend antagonistisch zu einem kleinen monopolistischen Häuflein bezeichnet. Es entsteht also ein Anta-

232) ebenda, S. 117

233) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 557

234) ebenda, S. 389

gonismus von Volk und Monopolen und ein damit das Begriffspaar Lohnarbeit und Kapital überlagerndes neues Verhältnis, dessen Bewegungsform durch die Struktur des staatsmonopolistischen Ausbeutungsmechanismus bestimmt ist. Die politische Bedeutung der Verlagerung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital auf den Widerspruch von Monopolen und Volk besteht darin, daß in Übereinstimmung mit der auf die Volksfront ausgerichteten Bündnispolitik der Arbeiterklasse eine objektive Interessenidentität mit allen anderen nicht-monopolistischen Teilen des Volkes plausibel gemacht wird. (235) Das entscheidende Moment an der durch den Begriff der gesellschaftlichen Ausbeutung definierten objektiven Interessenidentität aller nicht-monopolistischen Klassen und Schichten beruht auf einer Analyse, die Bündnispolitik nicht etwa nur durch äußerliche Notwendigkeiten als strategisch wichtig erachtet, z.B. durch Kriegsgefahr oder durch starke Faschisierungstendenzen, sondern die aus der immanenten Struktur des Kapitalismus, aus seinem Produktions- und Reproduktionsprozess, heraus eine dem Anspruch nach polit-ökonomisch fundierte materielle Basis für diese Interessenidentität ableitet. Der scheinbare Widerspruch, der dadurch entstehen könnte, daß einmal behauptet wird, die Theorie der DKP sei von der Taktik abgeleitet, und daß andererseits ausgeführt wird, die Theorie begründet die Taktik, löst sich dadurch auf, daß die Bündnispolitik historisch immer schon vorgegeben ist und daß darauf aufbauend, immer differenzierter versucht wird, diese auch polit-ökonomisch zu fundieren.

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus schließt von der jeweils unterschiedlichen Lage der einzelnen Klassen und Schichten auf letztlich gleiche Interessen. Die wissenschaftlich-technische Intelligenz kommt in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Lage der Arbeiterklasse noch am nächsten. "Der entscheidenden sozialen Grundlage nach gibt es zwischen der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Intelligenz keine Unterschiede," (236) auch wenn die Intelligenz im Gegensatz zur Arbeiterklasse "schöpferisch" arbeitet und besonders hoch bezahlt wird. "Ein wichtiger Ausdruck des Widerspruchs zwischen Monopolkapitalismus und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ist die Unterordnung der Wissenschaft unter die Bedürfnisse der Kriegspolitik und der Aufrüstung." (237) Dieser Gegensatz verschärft sich noch durch die wissenschaftlich-technische Revolution, so daß die objektiv ausgebeutete Intelligenz aufgrund ihrer "humanistischen Ideale" ihren Weg zur Arbeiterklasse finden kann und muß. Der Mittelstand wird unter zwei Aspekten in einen Gegensatz zur Monopolbourgeoisie gebracht. Zum einen sind die mittelständischen Betriebe qua Ausbeutung durch "Preisdictate, Liefer- und Absatzpreise in den Klauen der Monopolbourgeoisie. Der verschärfte Konkurrenzkampf, die wachsende Verschuldung und Abhängigkeit vom Großkapital, Preistreiberei und Finanzpolitik vergrößern die Existenzunsicherheit der Mittelschichten." (238) Zum anderen tritt neben die direkte Abhängigkeit die mittelstandsfeindliche Umverteilungspolitik des Staates. In diesem Zusammenhang findet auch die "Zwei-

235) Wirth, a.a.O., S. 89, Anmerkung 138

236) Adamo, H., Marxistische Bündnispolitik, in: Marxistische Blätter, Heft 6, Frankfurt 1969 S. 47

237) ebenda, S. 48

238) ebenda, S. 49



Fraktionen-Theorie" wieder ihre Anwendung. Es liegt nämlich "im Wesen des Monopolprofits, daß er die Bourgeoisie in zwei Gruppen trennt, von denen die eine, die zahlenmäßig kleinere, aber kapitalmäßig mächtigere, aufgrund ihrer ökonomischen Machtpositionen den Profit der anderen einengt." (239) Entsprechend der sozial-ökonomischen Lage des Mittelstandes muß die Politik einer kommunistischen Arbeiterpartei darauf ausgerichtet sein, den mittelständischen Schichten auch den politischen Gegensatz zur Monopolbourgeoisie bewußt zu machen, denn sonst besteht die Gefahr, daß sie der neofaschistischen Demagogie anheimfallen. Dies gilt auch für die Bauern. Deren spezifische ökonomische Gegensätze zur Monopolbourgeoisie bestehen in: extrem niedrigen Erzeugerpreisen, hohen Kreditkosten, Monopolpreisen für Maschinen, Chemikalien etc., sinkenden Einkünften und wachsenden Absatzschwierigkeiten, die sich noch durch die Integration in die EWG verschärfen werden." (240)

In der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus dient also eine bestimmte Interpretation des "allgemeinen Gesetzes der Akkumulation des Kapitals" (241) zur Konstruktion des Antagonismus von Volk und Monopolen. Darin erschöpft sie sich allerdings nicht, denn die ambivalente Analyse der Regulierungsfunktionen des Staates läßt neben der ausbeuterischen Regulierung die Möglichkeit ihrer veränderbaren Funktion offen. So erfolgt die Begründung der Notwendigkeit des Sozialismus 1. dadurch, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus unfähig ist, "die planmäßige Regulierung der gesellschaftlichen Entwicklung durch und für die gesamte Gesellschaft zu entwickeln. "Das kapitalistische Eigentum, die Konzentration der Entscheidungsgewalt in den Händen einer Minderheit von Ausbeutern ist vielmehr Hemmnis einer fortschrittlichen Regulierung. 2. dadurch, daß der Kapitalismus nicht fähig ist, die wissenschaftlich technische Revolution voranzutreiben, ohne dabei die Menschen zu verstümmeln und sie allen Gefährdungen wie Krieg, Krise u.a.m. auszusetzen; 3. dadurch, daß er eine Demokratisierung der Gesellschaft mit Notwendigkeit verhindert und 4. dadurch, daß er unfähig ist, die Revolution der Produktivkräfte zum Wohle der arbeitenden Menschen einzusetzen. (242)

Möglich wird der Sozialismus aber nur durch ein Zwischenstadium, in dem die staatliche Regulierung Schritt für Schritt den monopolkapitalistischen Inhalt der Gesellschaft beseitigt. "Je mehr es der Arbeiterklasse gelingt, die Macht der Monopole einzuschränken und Einfluß auf diesen Regulierungsmechanismus zu gewinnen, um so eher ist sie in der Lage, sich schon unter kapitalistischen Bedingungen einen größeren Anteil am Reichtum zu erkämpfen." (243) Der Kampf in dieser Phase orientiert sich auf die Einflußnahme auf staatliche Dispositionen und damit auf eine sukzessive Verschiebung der Machtverhältnisse. Danach hat der Regulierungsbegriff der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zwei Dimensionen. Einerseits kann er als monopolkapitalistische Regulierung und damit als reaktionäre verstanden werden. Andererseits als sukzessiv immer sozialistischer werdende Steuerung gesellschaftli-

239) ebenda, S. 47

240) ebenda, S. 50

241) ebenda

242) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 548/549

243) Imperialismus Heute, a.a.O., S. 418

cher Prozesse. Diese Regulierung kann schließlich die technisch unvollkommene und moralisch negative Praxis des Kapitalismus ablösen und allen antimonopolistischen Schichten und Klassen einen erweiterten Raum ihrer gesellschaftlichen Reproduktion sichern.

### Die Klassenanalyse der DKP/SEW als Begründung der Bündnispolitik

Der logische Ausgangspunkt der Klassenanalyse der DKP/SEW ist der Akkumulationsprozess der staatsmonopolistischen Kapitalismus. "Der staatsmonopolistische Kapitalismus verstärkt den mit der Akkumulation des Kapitals verbundenen Proletarisierungsprozess." (244) Es ist aber gerade die Veränderung in den Akkumulationsbedingungen, — es ist die qualitativ neue, die gesellschaftliche Ausbeutung —, die in ihrer Wirkung auf das Volk gravierende Strukturveränderungen nach sich zieht. In ihrer Konsequenz ruinieren die "staatsmonopolistischen Maßnahmen die einfachen Warenproduzenten, die Bauern und Handwerker, die Kleinhändler sowie die kleinere und mittlere Bourgeoisie; sie erhöhen andererseits die Ausbeutung des Proletariats." (245) Wohlgermerkt, es sind die *Maßnahmen*, die ruinieren; es ist nicht in erster Linie der kapitalistische Akkumulationsprozess als letztlich naturwüchsiger Prozess.

Erst von dieser bestimmten Definition des Charakters der staatsmonopolistischen Ausbeutung wird auf die besondere Struktur der Klassen und Schichten unter heutigen Bedingungen geschlossen. Als hervorstechendstes Merkmal wird dann die Proletarisierungstendenz beschrieben. "Je mehr staatsmonopolistische Maßnahmen zur Erhöhung des Profits und der Kapitalakkumulation wirksam werden, umso stärker wird die Proletarisierung in der kapitalistischen Gesellschaft beschleunigt. Die staatsmonopolistischen Versuche zur Regulierung der Gesellschaftsstruktur können die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und den Klassenkampf nicht aufheben. Sie können einen gewissen Einfluß auf Formen und Tempo der Proletarisierung ausüben, aber das schließliche Resultat wird die weitere Proletarisierung sein, die Vertiefung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen staatsmonopolistischer Oligarchie und Volk." (246) Ergebnis der durch die neue Qualität der staatsmonopolistischen Ausbeutung gesetzten Proletarisierung ist die "neue, höhere Qualität" in der sozialökonomischen Struktur in Westdeutschland. (247)

Hieron ausgehend ergibt die Struktur der BRD-Gesellschaft quantitativ folgendes Bild:

- Der staatsmonopolistische Ausbeutungsmechanismus, im Zusammenhang mit der Konzentration und Zentralisation betrachtet, produziert eine Klassenstruktur, deren Extreme auf der einen Seite 2,4 % Bourgeoisieanteile, auf der anderen Seite über 80 % Werk tätige ausmachen. (248) Während die ungefähr

244) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 335

245) ebenda

246) Imperialismus Heute, a.a.O., S. 605

247) ebenda, S. 606

248) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 339

80 % Anteile ausschließlich oder nahezu ausschließlich vom Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft leben müssen, sind die restlichen 20 % Bauern, Handwerker, Freischaffende, – also die “früheren Mittelschichten” (249) und, quantitativ fast nicht mehr meßbar, die Finanzoligarchie. (250)

- Die Bourgeoisie im engen Sinne besteht aus 0,02 % der Bevölkerung. Das ist die Finanzoligarchie. Im erweiterten Sinne besteht sie aus 2,4 %. Zu diesen 2,4 % werden die Managerspitzen und die Spitzenpolitiker gezählt.
- Die Werktätigen, das sind die unselbständig Beschäftigten, die Arbeiter, die Angestellten und die Beamten. Davon sind 58 % Arbeiter, 42 % Beamte und Angestellte. (251)

Während die “Bestimmung der Klassenposition der Bourgeoisie und der nunmehr ausgebeuteten Mittelschichten relativ einfach ist” (252), richtet die DKP-Klassenanalyse ihr Hauptaugenmerk auf die Strukturveränderungen innerhalb der Arbeiterklasse, beziehungsweise innerhalb der Werktätigen. Der oftmals synonymen Verwendung des Begriffs Arbeiterklasse und des Begriffs Werktätige entspricht folgende Definition: “Die Arbeiterklasse in der BRD umfaßt jene Erwerbstätigen und ihre Angehörigen, die keine Produktionsmittel besitzen und deren ausschließliche oder vorwiegende Einkommensquelle der Verkauf ihrer Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt ist, deren Mehrarbeit durch individuelle oder kollektive Kapitalisten oder den kapitalistischen Staat angeeignet wird und direkt oder indirekt die Quelle des Profits der Kapitalisten ist, deren soziale Existenz durch Unsicherheit gekennzeichnet ist und die hinsichtlich der Funktions- und Qualitätsgliederung der Arbeit (im jeweiligen Bereich) untere und mittlere Funktionen, also vorwiegend ausführende Funktionen ausüben und deren sozialer Übergang in die Gegenklasse, als relevanter Prozess, nicht stattfindet oder nicht möglich ist. Das sind in der BRD die Arbeiter und die unteren und die mittleren Angestellten und Beamten. Das sind etwa 75 % der Erwerbstätigen der BRD.” (253) Da in dieser Definition der gesamte Problemzusammenhang der DKP-Klassenanalyse umrissen ist, kann sie als Ausgangspunkt für die weitere Darstellung verwandt werden. Sie umfaßt fast alle relevanten Aspekte der Klassenanalyse, d.h. die Polarisierung, die Bedeutung der produktiven und unproduktiven Arbeit, die soziale Mobilität; sie gibt Hinweise auf die einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse und nicht zuletzt durch die angeführte Differenz zwischen 75 % und 80 % benennt sie indirekt das Problem der Randschichten der Arbeiterklasse. Diese Aspekte ordnen sich ein in die Frage nach den sozialen Strukturveränderungen der letzten 20 Jahre. Sie “sind das Ergebnis der staatsmonopolisti-

-249) Jung, H., Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs Arbeiterklasse und zu Strukturveränderungen in der Westdeutschen Arbeiterklasse, in: Das Argument 61, 12. Jahrg. Dezember 70, Heft 9/10, Berlin 1970, S. 665

250) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 339

251) Jung, H., Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der “neuen Arbeiterklasse”. In: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Auseinandersetzungen mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Anschauungen, Beiträge einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen am 17/18. April 1971 in Frankfurt/Main, Herausgegeben vom IMSF, Frankfurt 1971, S. 34/35

252) Jung, ebenda, S. 48

253) Jung, ebenda, S. 50

schen Ausbeutung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution." (254) Als auffällig wird benannt, daß die Arbeiterschaft im engeren Sinne zwar absolut gewachsen ist, jedoch relativ gesunken ist. (255) "Besonders schnell sank die Zahl der Landarbeiter." (256) Andererseits wird ein rasches Steigen der Angestelltenzahlen beobachtet. "Allein gegenüber 1950 hat sich die Zahl der Angestellten und die der Beamten mehr als verdoppelt." (257) Die auffälligen und für die politische Praxis sehr relevanten Strukturveränderungen innerhalb der Arbeiterklasse sind Ausdruck davon, daß "einerseits die Einführung moderner automatischer Produktionsanlagen eine Ingenieur- und Technikerqualifikation vom Überwachungs- und Wartungspersonal erfordern, sowie davon, daß die Bereiche Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Vorbereitung und Organisation des Fertigungsablaufes an Bedeutung gewinnen," (258) daß sich also überhaupt das Verhältnis von unmittelbar materieller Tätigkeit zur geistigen Arbeit verschiebt, andererseits indizieren sie die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors für den kapitalistischen Reproduktionsprozess. (259) Neben der groben und nicht für alle Fälle zutreffenden Unterscheidung von Angestellten und Arbeitern aufgrund der Art ihrer Tätigkeit (materielle oder vorwiegend geistige), sieht die DKP-Klassenanalyse richtigerweise nur einen juristischen Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten in der Beschäftigungsstruktur, d.h., sie geht davon aus, daß die überwiegende Mehrheit der Angestellten Lohnarbeiter sind, deren soziale Basis und deren produktive und indirekt produktive Funktion zunehmend mehr den typischen Bedingungen der Ausbeutung unterworfen sind. Damit ist, entgegen der bürgerlichen Soziologie, die von einem Schwinden des Proletariats spricht, deutlich gemacht, daß im Gegenteil die entscheidende Tendenz des modernen Kapitalismus die Ausdehnung der Lohnarbeit ist, (260), ungeachtet der durch den Produktions- und Reproduktionsprozess gesetzten Besonderheiten der einzelnen Kategorien der Arbeiterklasse.

Die Ausdehnung der Lohnarbeit betrifft alle Kategorien der Arbeiterklasse. "Die Bestimmung der Lohnarbeit vom Standpunkt der Verwertung des Kapitals, unabhängig von seiner Anlagesphäre, als produktive Arbeit verweist auf das Verhältnis, daß die Aneignung von (unbezahlter) Mehrarbeit die Quelle des Profits ist." (261) Jung schlußfolgert, daß dementsprechend die Bestimmung der Arbeiterklasse nicht auf den "Begriff der produktiven und unproduktiven Arbeit zurückgeführt werden kann". (262) Die Analyse der Arbeiterklasse im Produktions- und Reproduktionsprozess kann, entsprechend der jeweils produktiven und unproduktiven Funktion, daher nur Aufschluß geben über "die einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse"

254) Jung, ebenda, S. 35

255) Jung, Zur Diskussion . . . In: Das Argument 61, a.a.O., S. 688

256) Jung, ebenda, S. 690

257) ebenda

258) Marx, Justina, Arbeitskraft, Technik, und Monopolherrschaft, in: DWI Forschungshefte 4/71, Berlin 1971, S. 37

259) Jung, Zur Diskussion . . . , In: Das Argument 61, a.a.O., S. 691

260) Jung, ebenda, S. 667

261) Jung, ebenda, S. 676

262) Jung, ebenda, S. 677

oder über die "Direktheit und Vermitteltheit des Ausbeutungsverhältnisses." (263)

Diese meines Erachtens richtige Einschätzung der Relevanz produktiver und unproduktiver Arbeiter für die Klassenanalyse wird durch den Ansatz von Justina Marx untermauert. Sie geht davon aus, daß sich "mit der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion der Begriff der produktiven Arbeit verändert." (264) Die Marx'sche Bestimmung der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters, nach der "mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses sich selbst notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters, erweitert", "Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen." (265), führt bei ihr zu einem Begriff des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, dessen Haupttendenz nicht auf die Trennung der einzelnen Arbeiterkategorien, sondern auf ihre objektive Annäherung hinzielt.

Die Problematik bei Jung und anderen DKP-Theoretikern kommt dadurch hinein, daß er, trotz der anerkannten objektiven Annäherung einer der wichtigsten Arbeiterkategorien, – der wissenschaftlich-technischen Intelligenz –, an die Lage der Arbeiterklasse, ihre klassenspezifische Rolle auf die Bündnisfrage reduziert. Obwohl er davon ausgeht, daß der "größte Teil der Intelligenz heute in lohnabhängiger Position steht" (266), stellt er fest, daß der Typ der Arbeit, geistig qualifiziert zu sein, Besonderheiten gegenüber der Arbeiterklasse setzt. Unter Berufung auf eine Reihe von Privilegien, die der wissenschaftlich-technischen Intelligenz eine "gewisse Exklusivität" verleihen (267), meint er: "Die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz sind Beziehungen des Bündnisses und nicht Beziehungen der Einheit – wie etwa die Beziehungen zwischen Industriearbeiterschaft und den unteren und mittleren kaufmännischen und technischen Angestellten. Sie sind allerdings Beziehungen des Bündnisses *neuer Art* (Hervorhebung von mir, C.M.), die sich entsprechend der sozialen Struktur des größten Teils der heutigen Intelligenz von den Bündnisbeziehungen zwischen revolutionärer Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft in der Vergangenheit unterscheiden." (268)

In seiner Replik auf Jung kritisiert Gerns die o.a. Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz wegen ihrer ungenügenden Differenzierung. Er wirft Jung vor, zu übersehen, daß die Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz nicht in genügender Weise "unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes" (269) gesehen wird. Er meint, daß "wenn wir bei der wissenschaftlichen Intelligenz bleiben wollen, so muß die Arbeiterklasse gegen den Teil, der offen zur Monopolbourgeoisie gehört oder ihr als Spitzenmanager aggregiert ist, den Klassenkampf führen. In Bezug auf diejenige

263) Jung, ebenda, S. 676

264) Marx, Justina, a.a.O., S. 12

265) Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, Berlin 1968, S. 531

266) Jung, Marxistische Klassentheorie . . . , a.a.O., S. 53

267) Jung, ebenda

268) Jung, ebenda, S. 54

269) Gerns, W., Arbeiterklasse und wissenschaftlich technische Intelligenz, in: Ökonomische Theorie, a.a.O., S. 153

Gruppe, die zu einer Randschicht der Arbeiterklasse geworden ist, besteht die Aufgabe darin, sie in die Arbeiterbewegung einzubeziehen. Die zwischen diesen beiden Polen stehenden Gruppen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz müssen als Bündnispartner der Arbeiterklasse im antimonopolistischen Kampf gewonnen werden.“ (270)

Mit dieser definitiven Zuordnung der einzelnen differierenden Abteilungen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zur Arbeiterklasse, – nach politischen Gesichtspunkten –, kann Gerns Jung aber nicht in adäquater Weise kritisieren, zumal er nur einen politischen Aspekt dem sonst gleichen Argumentationsgang hinzufügt. Das Problem, um das es sich in der gegenwärtig aktuellen Diskussion der Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz handelt, kann nur über den Weg der Analyse der Veränderungen des Produktionsprozesses und der produktiven Funktionen der darin befindlichen hochqualifizierten Arbeitskräfte als Verwertungsobjekte des Kapitals richtig aufgeschlüsselt werden. Dieser Notwendigkeit tragen Justina Marx und Kolbe noch am meisten Rechnung. Der Bruch in dem Ansatz von Jung, der dadurch entsteht, daß er die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus einerseits voraussetzt und in der Klassenanalyse, unter bloßer illustrativer Verwendung von marxistischen Kategorien, mit der bürgerlichen Statistik arbeitet, wird bei Kolbe dadurch vermieden, daß er vom kapitalistischen Produktionsprozess ausgeht und die Besonderheiten in der Stellung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zunächst einmal als Randprobleme begreift. “Die Masse der Angestellten und wachsende Teile der Intelligenz müssen, – wie die Arbeiterklasse –, ihre Arbeitskraft an das Kapital verkaufen und, – überwiegend geistige Lohnarbeit, leisten. Das ist die entscheidende Gemeinsamkeit mit den Arbeitern und objektive Grundlage für die Zugehörigkeit dieser Schichten zu Arbeiterklasse, ungeachtet aller sozialrechtlichen Unterschiede, künstlich geschaffener Privilegien und der Besonderheiten ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess und ihres Anteils an der Produktion oder Realisierung des Mehrwerts.” (271)

Bei dem Versuch der theoretischen Durchdringung der durch die neuen Erscheinungen der “wissenschaftlich-technischen Revolution” gesetzten Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse, geht Justina Marx vom fortgeschrittenen Charakter des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses aus. Die Verschärfung des Widerspruchs von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung wird bei ihr im Zusammenhang mit dem zunehmend schöpferischen Charakter des Arbeitsprozesses betrachtet, der allerdings unter kapitalistischen Bedingungen widersprüchliche Folgeprozesse für die Lage der Arbeiterklasse zeitigt. Die empirische Aufarbeitung neuer Qualifikationsanforderungen ist bei ihr nicht nur auf deren Konsequenzen für die wissenschaftlich-technische Intelligenz beschränkt, sondern auch auf den traditionellen Kern der Arbeiterklasse bezogen. Die Verlagerung von “manuellen Fertigkeiten zu speziellen wahrnehmenden Fähigkeiten” ist für sie Ausdruck der Möglichkeit und Notwendigkeit, daß Arbeiter aus einem Anhängsel oder aggregierten Glied des Ma-

270) Gerns, ebenda

271) Kolbe, H., Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus, DWI Berichte, Heft 6/71, Berlin 1971, S. 27

schinensystems zum Beherrscher der Technik werden und des Reproduktionsprozesses werden. (272) De facto wirken sich die neuen Produktionstechniken in der Weise aus, daß für die Industriearbeiter in der Regel veränderte Disponibilitätsanforderungen entstehen, was unter anderem in einem starken Anstieg von Anlern-tätigkeiten sichtbar wird. (273) Der dadurch bewirkten Dequalifikationstendenz steht eine Veränderung der Facharbeiterstruktur gegenüber. "Eine andere Seite der gleichen Entwicklung zeigt sich in der Tendenz zur Konzentration von Facharbeitern in den Bereichen, die nicht unmittelbar zur Fertigung gehören. Der Anteil der Arbeitskräfte, die für die Vorbereitung der Produktion durch Einrichten von Maschinen sowie in der Werkzeugfertigung eingesetzt werden, erhöht sich bereits in diesem Stadium der technischen Entwicklung." (274) Zugleich wird ein Kern von hochqualifizierten Facharbeitern gebildet, der Steuerungs- und Meßwartentätigkeiten ausübt. (275)

Erst im Zusammenhang mit den hier nur skizzenhaft wiedergegebenen Tendenzen der technologischen Entwicklung wird dann die Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz betrachtet. Von einem quantitativen Anstieg der technischen und kaufmännischen Angestellten, die sich besonders in den hochtechnisierten Produktions- und Reproduktionsprozessen konzentrieren, wird auf qualitative Veränderungen "in der Entwicklung der Arbeitskraft überhaupt" (276) geschlossen. "Das Wachsen der Angestelltenzahlen wird begleitet von einer Annäherung der Arbeitsbedingungen der Angestellten an die der Industriearbeiter, vor allem in Bezug auf ihre Stellung im Produktionsprozess, die Art der Tätigkeit und des Qualifikationsniveaus. In Bezug auf das durchschnittliche Einkommen kann man schon seit längerer Zeit eine Angleichung der unteren Angestelltengruppen, die den Hauptteil der Angestellten ausmachen, an die Einkommen der qualifizierten Arbeiter feststellen. Häufig liegen die Löhne der Facharbeiter über denen der unteren Angestellten." (277)

Danach heißt also qualitative Veränderung in der Entwicklung der Arbeitskraft nichts anderes, als daß ein Großteil der Angestellten direkt oder indirekt Verwertungsobjekte des Kapitals sind. Die logische Folge ist, daß der insbesondere auf die wissenschaftlich technische Intelligenz angewandte Begriff der Randschichten der Arbeiterklasse seinen Sinn verlieren muß; das heißt zugleich, daß das Bündnis von Arbeitern und wissenschaftlich-technischer Intelligenz irrelevant ist.

Es ist offensichtlich, daß bei den DKP-, bzw. DDR-Theoretikern in dieser Frage unterschiedliche Auffassungen existieren. Dazu erklärt Kolbe auch, daß "man von der marxistischen Forschungsarbeit der empirischen und theoretischen Analysen noch keine abgeschlossenen und vollständigen Lösungen erwarten kann. Diese Lösungen müssen wir uns in der Diskussion und im Meinungsstreit erarbeiten." (278)

272) Marx, Justina, a.a.O., S. 24

273) ebenda, S. 21

274) ebenda, S. 22

275) ebenda, S. 31

276) ebenda, S. 39

277) ebenda, S. 39

278) Kolbe, H., Die Bedeutung der wissenschaftlich technischen Intelligenz im Klassenkampf, in: Ökonomische Theorie . . . , a.a.O., S. 189

Aber abgesehen von den Differenzierungen im Urteil über die wissenschaftliche-technische Intelligenz ist sowohl in der DDR-Theorie als auch bei der DKP die politische Seite dieses Problems immer noch eindeutig bestimmt. Das wird ganz deutlich am Beispiel der Kontroverse von Bischoff und zwei führenden DKP-Theoretikern. Bischoff kritisiert den Kernpunkt der Taktik der DKP, – die Bündnispolitik –, unter dem Aspekt, daß sie in den Metropolen auf die Fraktionen der Arbeiterklasse keine Anwendung finden kann (279), sobald überhaupt eine zwar in sich differenzierte, aber durch das Kapitalverhältnis gesetzte Arbeiterklasse entstanden ist, die die überwiegende Mehrheit des Volkes umfaßt. Die Antwort der DKP darauf ist ganz eindeutig. "Die Notwendigkeit des Kampfes um die antimonopolistische Demokratie ergibt sich unter dem Aspekt der Bündnispolitik. Wir stellten in den Thesen (es handelt sich dabei um die Thesen des Düsseldorfer Parteitag der DKP) fest, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus die Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates ist. Dieses Machtkartell kann nur durch eine starke Gegenkraft überwunden werden . . . Ökonomisch sind die Ansatzpunkte für eine breite antimonopolistische Bündnispolitik darum vorhanden, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht nur die Arbeiterklasse ausbeutet, sondern auch die Bauern, die Handwerker, *die große Masse der Intelligenz ausplündert* (Hervorhebung v.m.,C.M.) und mit dem Mechanismus der Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt im Interesse der Superprofite der Konzerne seine Hand selbst auf einen Teil des Profits der kleinen und mittleren Kapitalisten legt." (280) Damit beantwortet die DKP bezeichnenderweise den Versuch Bischoffs, isoliert von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus Mängel in der Klassenanalyse feststellen zu wollen, in der einzig konsequenten Weise. Sie stellt den Zusammenhang von Klassenanalyse und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus her, der schließlich, zahlreich dokumentiert und oft genug bekundet auch in der Programmatik der DKP aufzufinden ist.

### **Die bündnispolitische Programmatik der DKP**

Die Aufzeichnung des Forderungskataloges der DKP ist nur sinnvoll, wenn er eingeordnet wird in die von der DKP gesteckten Perspektiven der politischen Entwicklung des Monopolkapitalismus. Die Herausarbeitung von Grundzügen der polit-ökonomischen Theorie der DKP in den vorigen Abschnitten muß aber umgekehrt in Zusammenhang gebracht werden mit den politischen Forderungen.

Die DKP versteht sich als eine marxistisch-leninistische Partei; für sie ist "das Bekenntnis zu den revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung Verpflichtung zum Handeln. In ihr leben die Ideen des kommunistischen Manifestes, das Werk von Karl Marx und Friedrich Engels, von August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Die DKP führt den antiimperialistischen Kampf von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und zehntausenden Kommunisten und Sozialisten, Demokraten und Christen fort, die im Widerstand gegen Reaktion und Nazidiktatur ihr Leben

279) Bischoff, J., Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik, In: Sozialistische Politik, Heft 14/15 Jg. 71, Berlin 1971, S. 138

280) Gerns, W., Steigerwald, Antwort auf die Kritik der Thesen der DKP von J. Bischoff, In: Sozialistische Politik, Heft 16, Jg. 72, Berlin 1972, S. 98



gaben.” (281) Damit ordnet sie sich bewußt in die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung ein und versteht sich als legitime Fortsetzung. Gleichzeitig begreift sie sich als Teil der internationalen kommunistischen Bewegung. Dies vorangestellt, läßt sich die Perspektive ihres politischen Kampfes in drei Komplexe gliedern:

1. Die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen.
2. Das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln.
3. Die gesamtgesellschaftliche Planung zum Wohle des Volkes. (282)

Diese Aufgliederung zeigt die Perioden sozialistischer Umgestaltung in einer aufeinanderfolgenden Reihe. Erstes und gegenwärtig zentrales Kernstück der Strategie der DKP ist die Bündnispolitik. Die Erringung der politischen Macht, als Zurückdrängung der Macht der Monopole und deren schließliche Überwindung, ist für die DKP nicht denkbar ohne eine auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse aufbauende Bündnispolitik mit den anderen werktätigen Schichten und der nicht-monopolistischen Bourgeoisie. Dabei steht die Bündnispolitik, wie Gerns und Steigerwald ausführen, in keinem Gegensatz zur Politik der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. In ihrer Antikritik an Bischoff, für den die Bündnispolitik im hochentwickelten Kapitalismus eine sekundäre Frage ist, erklären sie: “Die Aktionseinheit ist . . . der Kristallisationspunkt für ein breites antimonopolistisches Bündnis, für die Sammlung aller antimonopolistischen Kräfte um die Arbeiterklasse. Unter allen Bedingungen und Etappen um den Sozialismus stellt sich die Frage: Wer ist die Hauptkraft dieses Kampfes, wer ist der konkrete Feind, welche Klassenkräfte gilt es zu neutralisieren und mit welchen Gruppen und Schichten muß sich die Hauptkraft im Kampf gegen den konkreten Feind verbinden?” (283) Indem die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus beantwortet, wer der Hauptfeind ist, und gleichzeitig die Bündnispolitik aller antimonopolistischen Kräfte polit-ökonomisch durch den Gang des kapitalistischen Reproduktionsprozesses fundiert sieht, kann die politische Programmatik, als Teil der Strategie und Taktik, einen Katalog von Forderungen aufstellen, mit dem die Herstellung dieses Bündnisses als politisches Etappenziel anvisiert wird. “Die grundlegende Veränderung des politischen Kurses in unserem Lande, die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft kann nur errungen werden, wenn alle demokratischen Kräfte den herrschenden Kreisen und ihren Parteien mit vereinter Macht und vereinten Aktionen gegenübertreten.” (284) In diesem Bündnis ist die Arbeiterklasse die Hauptkraft. Demgemäß kommt es darauf an, die “Aktionseinheit aller kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Kräfte der Arbeiterbewegung” (285) herzustellen. Auf der Basis des gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampfes um Mitbestimmung und “größeren Einfluß der Arbeiter in Wirtschaft und Staat” und im Kampf gegen Neonazismus und Militarismus-

281) Grundsatzzerklärung der DKP, beschlossen auf dem Essener Parteitag 12./13. April 1969, Düsseldorf 1969, S. 5

282) Grundsatzzerklärung, ebenda, siehe auch: Gerns/Steigerwald, a.a.O., S. 94

283) Gerns/Steigerwald, a.a.O., S. 92

284) Grundsatzzerklärung, a.a.O., S. 49

285) ebenda, S. 52

mus wird es schließlich gelingen, in dem Maße wie sich die Widersprüche des Systems zuspitzen, den Einfluß der bürgerlichen Manipulation, der reformistischen Kreise der SPD und Gewerkschaften zurückzudrängen und ein Aktionsbündnis zu schaffen, das tragfähig genug ist, um darauf aufbauend die anderen werktätigen Schichten des Volkes an die Politik der Arbeiterklasse zu binden und die Zusammenarbeit aller Demokraten, der Jugend, der Frauen, der Bauern, der Intelligenz und der mittelständischen Unternehmer zu initiieren. Dem Ziel der Schaffung dieses Aktionsbündnisses und der damit gekoppelten Bündnispolitik entspricht ein Aktionsprogramm, das sich für die Politik des "Friedens, d.h. für die Anerkennung der DDR, für Abrüstung und europäische Sicherheit, für reale Demokratie, d.h. gegen Neonazismus und Militarismus und für den Ausbau der Demokratie, Mitbestimmung, demokratische Wirtschaftspolitik und -kontrolle, für mehr soziale Sicherheit, d.h. für eine Verbesserung des gesamten Reproduktionsniveaus der Arbeiter und der anderen Werktätigen, für fortschrittliche Bildungs- und Kulturpolitik, d.h. für eine umfassende Verbesserung der Ausbildung nicht nur der traditionell Bildungsprivilegierten, sondern auch der Lehrlinge und Arbeiter einsetzt." (286)

Dieser Forderungskatalog ist deshalb realistisch, so erklärt die DKP in den Thesen des Düsseldorfer Parteitag 1971, weil die Erfahrung zeigt, daß "der Sozialismus nur das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen selbst" sein kann. (287) "Deshalb ist die Politik der DKP darauf ausgerichtet, die Arbeiterklasse und die anderen antimonopolistischen Kräfte vom Kampf für ihre unmittelbaren sozialen und politischen Interessen über das Ringen für grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen an die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Sozialismus und an den Kampf um den Sozialismus heranzuführen." (288) Der Bündnispolitik kommt, entgegen sozialdemokratischen Unterstellungen, nach Bachmann in diesem Zusammenhang gerade deshalb nicht einfach taktische Funktion zu. "Unsere Bündnispolitik entspringt nicht taktischen Erwägungen, sondern der Erkenntnis, daß aufgrund ihrer objektiven Interessenlage im spätkapitalistischen System verschiedene gesellschaftliche Klassen, Schichten und Kräfte an antimonopolistischen demokratischen Veränderungen interessiert sind. Deshalb ist unsere Bündnispolitik nicht vorübergehend, konjunkturell bedingt, sondern ein *elementarer* (Hervorh. v.m., C.M.) Bestandteil unserer gesamten politischen Strategie, der sowohl im Kampf um demokratische Veränderungen als auch darüber hinaus in der Etappe des Kampfes um weitergehende sozialistische Umgestaltungen Gültigkeit hat." (289)

In der Tat ist die Bündnispolitik der DKP nicht irgendein taktisches Teilstück, sondern, wie ihre Theorie und Praxis zeigt, eine Grundvoraussetzung ihrer Politik überhaupt. Ebenso wie die Festigung der Aktionseinheit als eine Lebensfrage bestimmt ist, – und die DKP erklärt, daß sie sich von dieser Orientierung weder durch den

286) ebenda, S. 25 f./S. 44

287) DKP kontra Großkapital, Thesen des Parteivorstandes der DKP für den Düsseldorfer Parteitag, beschlossen auf dem Düsseldorfer Parteitag 1971, Düsseldorf 1971, These 10, S. 16

288) ebenda, These 10, S. 16

289) Bachmann, Einig handeln für demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft, Referat auf dem Essener Parteitag, April 1969, Düsseldorf 1969, S. 29

verschärften Antikommunismus der SPD-Führung noch durch die scheinrevolutionäre Phraseologie linksopportunistischer Gruppen abbringen läßt – (290), ist es auch die Herausbildung eines antimonopolistischen Bündnisses. “Die DKP kämpft für das demokratische Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte der BRD. Die Sammlung aller vom Monopolkapital unterdrückten und ausgebeuteten Schichten, – der Intelligenz, der Bauern, der Mittelschichten –, um die Arbeiterklasse ist eine Grundvoraussetzung des erfolgreichen Kampfes um den demokratischen Fortschritt.” (291) Allerdings wird die Bündnispolitik nicht immer allein durch den Gang des Reproduktionsprozesses und die behauptete Möglichkeit eines langfristig stabilen Einflusses darauf begründet, sondern auch durch den Zustand des politischen Bewußtseins des Volkes im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen. In der Frage des politischen Bewußtseins ergeben sich zwei Aspekte. Zum einen ist es das bündnispolitische Ziel zu verhindern, daß die schwankenden Teile des Kleinbürgertums und die Bauern in die ideologischen Fänge der rechtsradikalen Propaganda geraten. Daher muß ein konsequent demokratisches, an den sozialen Interessen dieser Schichten anknüpfendes Aktionsprogramm entwickelt werden, das unter der Bedingung der steigenden Aktivität der Arbeiterklasse auch Aussicht auf seine erfolgreiche Durchsetzung hat. Eine die demokratischen und reformerischen Interessen dieser Schichten nicht berührende sozialistische Programmatik würde der Arbeiterklasse die wichtigsten Bündnispartner rauben. Zum anderen, ist das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse so unentwickelt, daß eine die Dialektik von Reform und Revolution nicht berücksichtigende Programmatik der reformistischen Taktik der rechten SPD und der rechten Gewerkschaftsführer Tür und Tor öffnen würde. Ohne das Aufstellen von Übergangsforderungen, die an das Bewußtsein der Arbeiterklasse und an das des Volkes anknüpfen, grenzt die Hoffnung jemals an den Sozialismus heranzukommen “an reinen Wunderglauben”. (292) Durch eine konsequente kämpferisch demokratische Programmatik ist es möglich, den Weg zum Sozialismus zu eröffnen. Für den Fall, daß sich der Kampf der Arbeiter aktiviert hat und schon erste Erfolge sichtbar sind, schlägt die DKP ein ökonomisches Planungsprogramm und ein extensives Mitbestimmungsmodell vor, das auf dem Weg der demokratischen Regulierungspraxis den Interessen des Volkes Rechnung tragen soll. “Obwohl der staatsmonopolistische Kapitalismus vom Standpunkt der Produktivkräfte, der Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses und des dafür notwendigen Apparates zur Lenkung der Wirtschaft die höchstmögliche materielle Stufe der Vorbereitung des Sozialismus darstellt, wird ein direkter, unvermittelter Übergang vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus damit dennoch nicht möglich. Zwischen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus liegt die Erkämpfung und Entfaltung der fortschrittlichen, antiimperialistischen Demokratie unter der Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen antiimperialistischen, demokratischen und friedliebenden Kräften.” (293)

In dieser Phase kommt es darauf an, die Interessen des Volkes mit in die immer noch

290) DKP kontra Großkapital . . . , a.a.O., These 29, S. 41

291) ebenda, These 35, S. 48

292) Gerns/Steigerwald, a.a.O., S. 97

293) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 567

monopolkapitalistische Planung einzubauen und durch "revolutionäre Reformen Teillösungen der imperialistischen Widersprüche zu erzwingen." (294) Je mehr es gelingt, das monopolkapitalistische System auf sozialistische Dispositionen umzupolen, um so näher wird die Arbeiterklasse und das Volk an den Sozialismus herangebracht.

In diesen programmatischen Zielsetzungen existiert m.E. ein auffälliger Bruch in der Argumentation. Einerseits wird davon ausgegangen, daß das monopolkapitalistische System vom Standpunkt der Produktivkräfte bis direkt an den Sozialismus heranentwickelt ist, – das Lenkungs- und Leitungssystem entspricht diesem hohen Produktivkraftstand –, andererseits wird losgelöst von der dadurch gesetzten Klassenstruktur und den damit gegebenen Keimformen oder Bildungselementen von Klassenbewußtsein eine Perspektive sozialistischer Umgestaltung eröffnet, die sich nicht mehr durch den Gang der polit-ökonomischen Widerspruchsentwicklung rechtfertigt, sondern nur noch durch einen abstrakten Bezug auf Lenin, die "Lehren der Geschichte", und die Beschlüsse der "internationalen kommunistischen und Arbeiterparteien", auf den jeweiligen Konferenzen in Moskau. Die DKP hat inzwischen die Einschätzung bezüglich einer antimonopolistischen Zwischenetappe deutlich relativiert: "Es geht also bei der antimonopolistischen Demokratie um eine *Möglichkeit* auf dem Weg zum Sozialismus, ausgehend von den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes, jedoch nicht um eine historisch unvermeidliche Gesetzmäßigkeit." (294a)

### Zur Kritik der theoretischen Grundlagen der Politik der DKP

Die Theorie der DKP erfüllt alle der seit dem XX. Parteitag der KPdSU in der kommunistischen, an Moskau orientierten Strategie gegebenen Modifikationen. Wie das Datum der theoretischen Umorientierungsversuche in der DDR-Theorie seit dem XX. Parteitag zeigt, beginnt, seitdem die KPdSU der Ansicht ist, daß es auch einen friedlichen demokratischen Weg zum Sozialismus geben kann und diesem Weg der absolute Vorrang einzuräumen ist, das differenziertere Bemühen, diesen Weg aus dem Grundwiderspruch "unserer Epoche, dem Antagonismus von Sozialismus und Imperialismus", sowie aus dem Reproduktionsprozess des spätkapitalistischen Systems zu erklären. Indem sich die DKP ihrerseits auf die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 stützt und sich deren Erklärung zu eigen macht, reiht sie sich ein die Generallinie der "revolutionären Reformen". "Die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 hat festgestellt, daß günstige Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte zu einem solchen politischen Bündnis bestehen, daß fähig ist, die Rolle der Monopole im Wirtschaftsleben des Landes entscheidend einzuschränken, der Macht des Großkapitals ein Ende zu bereiten und solche grundlegenden politischen und ökonomischen Reformen durchzuführen, die günstige Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus schaffen." (295)

294) Klein, D., Staatsmonopolistische Programmierung in der EWG, Berlin 1965, S. 179

294a) Gerns/Steigerwald, a.a.O., S. 100

295) Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Berlin 1969, S. 31

Ohne das Moment der Zuordnung zur Generallinie der Sowjetunion überstrapazieren zu wollen, muß man davon ausgehen, daß die Theorie der DKP oder die mit ihr identische Theorie der SED nicht nur ein theoretisches Faktum darstellt, sondern ebenso ein Problem, das durch die Entwicklung in der Sowjetunion und in den volkdemokratischen Ländern, sowie durch die Entwicklung internationaler politischer Konstellationen entstanden ist. Daher ist die Kritik der DKP immer solange unvollständig wie nicht die Politik der Sowjetunion mit in den Zusammenhang einer politischen Strategie gebracht wird, für die es unter der Bedingung der friedlichen Koexistenz sowjetischer Prägung einen friedlich-demokratischen Übergang zum Sozialismus gibt. Die kritische Analyse der DKP geht aber m. E. immer dann am eigentlichen Problem vorbei, wenn sie die Modifikationen in der politischen Theorie und Praxis vorrangig unter dem Aspekt der chinesischen Revisionismuskritik betrachtet und nicht die Beliebigkeit des dogmatisierten "Marxismus-Leninismus" der III. Internationale berücksichtigt.

Diese These wird in der vorliegenden Arbeit dadurch begründet, daß der Gesamtzusammenhang der kommunistischen Theorie und Praxis seit dem XX. Parteitag unverständlich bleiben muß, solange nicht die strategischen und taktischen Dispositionen auch aus der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung heraus erklärt werden. Es wurde in dem Kapitel über die antifaschistische demokratische Volksfrontkonzeption nach 1945 versucht zu zeigen, daß deren theoretische Grundlagen auf der Basis von Ersatzkategorien der marxistischen Analyse verfaßt worden sind. An die Stelle präziser Analysen trat

- das Theorem von der II. Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Diese Periodisierung wird mit den gleichen Intentionen auch nach dem XX. Parteitag fortgeführt. Wir leben heute in der "III. Etappe der allgemeinen Krise," (296), deren Charakteristikum eine neue Stufe in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist.
- In der Nachkriegszeit trat an die Stelle der immer noch aus dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital resultierenden Widerspruchsentwicklung die Auffassung vom Kampf zweier Systeme als dem bestimmendsten Moment. Diese Auffassung wird nicht nur beibehalten für die III. Etappe der allgemeinen Krise, sondern verstärkt angewendet und im Zusammenhang der wissenschaftlich-technischen Revolution differenzierter begründet.
- Die Klassenanalyse hat in der II. und in der III. Etappe der allgemeinen Krise primär die Funktion des Antagonismus von Volk und Monopolen zu begründen. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die mit ihr zusammenhängende Klassenanalyse der SED und DKP entwickelt die Begründung des Antagonismus von Volk und Monopolen weiter und vertieft sie.

Die Volksfrontpolitik ist kein Produkt des "Revisionisten" Chruschtschow, sondern sie ist unter der Führung von Stalin konzipiert worden. Es hat auch keinen Sinn, den mit der Volksfront eng verbundenen Namen Dimitroffs gegen die Absichten seines

296) Programm und Statut der KPdSU vom XXII. Parteitag der KPdSU, 17.-31. Okt. 1961, Berlin 1962, S. 23

auf dem VII. Weltkongress der Komintern gehaltenen Referates auszuspielen. Der von Dimitroff bestimmte Zugang zum Sozialismus unterscheidet sich nur in Nuancen von dem der DKP. Verändert hat sich allenfalls das Niveau in der Argumentation. Es hat sich erheblich differenziert. Der Kern in der Begründung der Notwendigkeit der Volksfront ist aber in allen der in dieser Arbeit behandelten drei historischen Phasen kommunistischer Taktik derselbe. Er beruht auf dem Antagonismus von Volk und Monopolen. Die Perspektive der möglichst friedlichen Annäherung an die sozialistische Umgestaltung unterscheidet sich gleichermaßen nur durch Akzentverlagerungen.

Berücksichtigt man diese Zusammenhänge, dann erscheint der Revisionismusvorwurf notwendig in einem anderen Licht. Entweder waren die kommunistischen Parteien spätestens seit dem VII. Weltkongress immer schon "revisionistisch" oder sie setzen unter jeweils historisch veränderten Bedingungen die Politik der III. Internationale fort.

Hier wird davon ausgegangen, daß Letzteres der Fall ist, d.h.: es läßt sich ein Faden ziehen vom VII. Weltkongress der Komintern über die antifaschistische demokratische Volksfront bis hin zur Theorie, die auf den XX. Parteitag folgt. Der wesentliche Unterschied zwischen diesen Phasen besteht darin, daß das theoretische Niveau als Begründung einer mehr oder weniger ähnlichen Praxis erheblich gestiegen ist. Die Volksfront als Defensivinstrument wird zunehmend mehr von bloß äußeren Momenten wie Faschismus, Krieg oder Abbau demokratischer Rechte losgelöst und eher durch die Struktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus abgeleitet. Darin besteht der wesentliche Unterschied zwischen der KPD und der DKP oder wenn man will, zugleich deren historischer Zusammenhang.

Alle anderen einzelnen Unterschiede zwischen KPD und DKP sind nicht prinzipiell theoretischer Natur. Es wurde versucht zu zeigen, daß die relative Beliebigkeit in der Einschätzung des Imperialismus, der Rolle und Funktion des Staates, der Kapitalakkumulation und der Widerspruchsentsaltung zwischen Ökonomie und Politik nicht mehr der realen Bewegung entsprechen konnte, sondern nur ein durch "die Lehren der Geschichte" verschleierter Ausdruck der Interessen der Sowjetunion war, mit der sich die KPD identifizierte und die DKP identifiziert. Insbesondere in der Frage der Bündnispolitik läßt sich zeigen, daß die theoretischen Grundlagen von KPD und DKP zwar im Niveau differieren, nicht aber im Prinzip. Der Antagonismus von Volk und Monopolen, der sich durch die Herrschaft von besonders aggressiven Kapitalfraktionen verschärft, hat an die Stelle der aus der Spontaneität des Wertgesetzes resultierenden kapitalistischen Anarchie, der wiederum Planung und Herrschaft erst im Kapitalismus zu entsprechen hat, schon seit langer Zeit einen Begriff von kapitalistischer Politik entstehen lassen, dessen dialektische Vermittlung zu den ökonomischen Zwangsgesetzen nicht mehr nachvollzogen wird. An die Stelle der Analyse der Akkumulationsbedingungen des Kapitals, die zuerst ökonomisch aus dem Konzentrations- und Zentralisationsprozess *im Zusammenhang mit der Entwicklung des Weltmarktes* zu erklären wären, ist ein den Kapitalbegriff ersetzender Monopolbegriff entstanden, der durch das Machtstreben der Monopole unter der Bedingung des sterbenden, faulenden Imperialismus charakterisiert ist. Genau dieser Mono-

polbegriff ist immanenter Bestandteil der DKP-Theorie. Erst die Ableitung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses aus dem Machtstreben der Monopole, die mit ökonomischer und außerökonomischer Macht die Zwangsgesetze des Kapitalismus durchbrechen können und damit neben der Ausbeutung von Lohnarbeit durch das Kapital eine gleichrangige gesellschaftliche Ausbeutung des Volkes herstellen können, ermöglicht es die spezifische Bündnispolitik der DKP ökonomisch zu begründen. Mit der Analyse des Verhältnisses von spontaner Regulierung durch das Wertgesetz und kapitalistischer Regulierungspraxis (297) geht die SED- oder DKP-Theorie über die Theorie der KPD hinaus. Für die KPD war der Kapitalismus eher ein sterbendes, faulendes System, ohne noch lange die ökonomischen Bedingungen einer möglichen Fortexistenz zu analysieren. Erst die neuere Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus versucht den langanhaltenden Aufschwung der kapitalistischen Weltwirtschaft nach dem II. Weltkrieg zu reflektieren, die Wirkung des Wachstums der Produktivkräfte auf den Verwertungsprozeß einzuschätzen, die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse zu analysieren und nachzuweisen, daß, weil das Charakteristikum des heutigen Kapitalismus in der Durchbrechung ökonomischer Gesetze durch politische Macht zu sehen ist, an die Stelle der mit monopolkapitalistischer Macht durchgesetzten Regulierungspraxis durchaus die mit demokratischer, durch die Macht des Volkes durchsetzbare Regulierung treten kann. Diese Perspektive ist zwar in den taktischen und strategischen Dispositionen des VII. Weltkongresses enthalten, sie ist aber ökonomisch fast nicht begründet.

Dem versucht die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus abzuweichen; dies unter Einschluß der veränderten taktischen Orientierung seit dem XX. Parteitag. Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind aber einige kritische Anmerkungen zu machen; denn ohne den Versuch der Kritik dieser Theorie ist die kritische Einschätzung der Bündnispolitik sinnlos. Das Hauptproblem der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus liegt in ihrem Regulierungsbegriff; die mächtigsten Monopole betreiben über die Funktionen des ihnen untergeordneten und mit ihnen bruchlos verbundenen Staatsapparates die gesellschaftliche Ausbeutung. "Damit werden die mit dem Größenwachstum des Kapitals und der Form des Finanzkapitals verbundenen Erscheinungsformen der Monopolisierung und der Umverteilung von Mehrwert und der besonderen Aneignung der gesellschaftlichen Arbeit — durch alle möglichen Titel und Spekulationsgeschäfte — zur Form einer qualitativ neuen Ausbeutung, zur Form der Ausbeutung und Ausplünderung des Volkes durch die Monopole." (298) Abgesehen von der Problematik des Begriffs "gesellschaftliche Ausbeutung" (Ausbeutung ist im Kapitalismus immer gesellschaftlich) unterstellt die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit ihrer Bestimmung einer qualitativ neuen Ausbeutung dem Staat die Fähigkeit, über seinen Staatshaushalt, über spezifische Manipulationen des Reproduktionsprozesses gegen die Tendenzen der Akkumulation in der Weise zu wirken, daß die krisenhafte Entfaltung seiner Widersprüche nicht nur zurückgedrängt werden kann, sondern, daß der Staat selber als Akkumulationsquelle als "Ausgangspunkt für die Bewegung des Ka-

297) Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 331

298) "Kommunist", a.a.O., S. 107

pitals und die Lage der Lohnarbeiter genommen werden kann.” (299) Diese “Durchbrechung des Wertgesetzes” beruht auf der relativen Selbständigkeit des Staates gegenüber den Monopolen, beziehungsweise gegenüber der Ökonomie. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verzichtet darauf zu erklären, warum die mit der Durchbrechung des Wertgesetzes gegebene Planung gegen die naturwüchsigen Tendenzen des Kapitals wirkt. Anstatt die Tendenzen der Kapitalakkumulation zu entfalten und diese aus dem Begriff des Kapitals abzuleiten, behauptet sie, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus nur noch einen Widerspruch zwischen Wertgesetz und Planung in der Weise entwickelt, daß Planung und Wertgesetz nebeneinander und gegeneinander funktionieren; dies, weil die Monopole immer noch durch ihre Machtansprüche eine relativ widerspruchsfreie Planung verhindern und staatliche Maßnahmen und Formen staatlicher Regulierung von ihrem reaktionären Inhalt aus bestimmen. Andererseits sei dieser Inhalt prinzipiell ersetzbar und eine demokratische, dem Volke dienende Regulierung möglich. Dieser Trennung von Form und Inhalt staatlicher Politik ist entgegenzuhalten, daß Regulierung nicht nur als technisches Instrumentarium zu begreifen ist, sondern als Mittel, die immanenten Schranken der kapitalistischen Produktion zu überwinden. Für Marx waren diese Mittel immer so bestimmt, daß sich dem Kapital “diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab entgegenstellen.” (300) In der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus erscheinen diese Mittel aber nicht mehr als durch das kapitalistische Produktionsverhältnis begrenzt, sondern nur noch als durch bornierte Interessenstrukturen der Monopolbourgeoisie. “Das Kapital erscheint einerseits als sich selbst bewegende Inkarnation des Profitprinzips, andererseits als eine Gruppe moralisch skrupelloser Personen . . .” (301)

Allerdings hat der Verzicht auf die Analyse der materiellen Bedingungen der Regulierung sowie auf ihre objektiven Grenzen die Funktion, eine Perspektive sozialistischer Umgestaltung zu eröffnen, die, auf der Basis eines Volksbündnisses, friedlich und demokratisch erfolgen kann und deren erste handgreiflichen Resultate in einer umfassenden Verbesserung des Reproduktionsniveaus bestehen sollen. Die Trennung von Politik und Ökonomie, die in dem Regulierungsbegriff schlagend deshalb zum Ausdruck kommt, weil Regulierung nicht mehr primär unter dem Aspekt ihrer ökonomisch notwendigen Funktion betrachtet wird, sondern nur noch unter dem Aspekt des machtpolitischen Einflusses darauf, ermöglicht es den Theoretikern des staatsmonopolistischen Kapitalismus losgelöst vom Produktionsprozess, dem Staat gewisse “systemneutrale” Züge anzudichten.

Die Trennung von Ökonomie und Politik findet daher auch ihren Ausdruck in der sogenannten gesellschaftlichen Ausbeutung. Der Maximalprofit, der über staatliche Maßnahmen realisiert werden soll, wird nicht mehr aus dem Akkumulationsprozess, sondern aus dem Staatshaushalt u.a., d.h. aus dem Staat als Akkumulationsquelle bestimmt. Mit dem Begriff vom Maximalprofit trifft sich die Theorie des staats-

299) Semler, Hoffmann, Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 2, Jg. 72, Erlangen 1972, S. 83

300) Marx, Karl, Das Kapital, Bd. III, MEW Bd. 25, Berlin 1966, S. 260

301) Wirth, a.a.O., S. 191



monopolistischen Kapitalismus mit der stalinistischen Ökonomie: "Am meisten nähert sich dem Begriff des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus das Mehrwertgesetz, das Gesetz von der Entstehung und dem Wachsen des kapitalistischen Profits. Es bestimmt tatsächlich die wichtigsten Merkmale der kapitalistischen Produktion. Aber das Mehrwertgesetz ist ein viel zu allgemeines Gesetz, das die Probleme der höchsten Profitrate nicht berührt, deren Gewährleistung eine Entwicklungsbedingung des monopolistischen Kapitalismus ist. Um diese Lücke auszufüllen, gilt es, das Mehrwertgesetz zu konkretisieren und es entsprechend den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus weiterzuentwickeln, wobei zu berücksichtigen ist, daß der monopolistische Kapitalismus nicht jeglichen Profit verlangt, sondern ausdrücklich einen Maximalprofit. Und das ist denn auch das ökonomische Grundgesetz der modernen Kapitalismus." (302)

Die Realisierung des Maximalprofits ist notwendig, weil ohne ihn die Fortentwicklung der Produktivkräfte unter der Bedingung der wissenschaftlich-technischen Revolution und des Kampfes zweier Systeme nicht oder nur beschränkt möglich sei. Profit, definiert als Maximalprofit ist aber schon begrifflich eine Tautologie, weil jeder Profit immer das Maximum dessen ist, was ein Kapital realisieren kann. (303) Selbst wenn die Monopole ihre ökonomische und politische Macht ausnutzen, um ihre Profitrate zu erhöhen, – was historisch immer der Fall gewesen ist –, kann daraus keineswegs geschlossen werden, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse mit der "Ausbeutung" anderer Schichten und Klassen identisch ist. Genau diese Identität legt die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus aber nahe, wenn sie in der gesellschaftlichen Ausbeutung die ökonomische Grundlage für ein Bündnis aller nicht-monopolistischen Klassen und Schichten angelegt sieht. "Die Gleichsetzung von entfalteten Aneignungsformen und Umverteilung . . . mit der Exploitation der Arbeiterklasse hat zur Konsequenz, daß

- die nicht-monopolistischen Schichten der Bourgeoisie selbst als ausgebeutet erscheinen
- das Verhältnis zwischen Kapitalfraktionen als Verhältnis von Kapital und Arbeit dargestellt wird
- das ökonomisch vermittelte Herrschaftsverhältnis der kapitalistischen Produktion nur noch als persönliche Herrschaft der Monopole über das Volk erscheint." (304)

Andererseits unterstellt die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, daß, wenn der Einfluß der Monopole zurückgedrängt ist, die Realisierung des Maximalprofits nicht mehr möglich ist, weil die Regulierung dann im Interesse des Volkes erfolgt. Sie geht damit ganz an dem Problem vorbei, daß die Regulierung nur unter Einschluß der Ausbeutung der Arbeiterklasse funktionieren kann. Zugleich wird übersehen, daß die kapitalistische Regulierung von der herrschenden Klasse immer auch so eingesetzt werden kann, daß ökonomische und politische Fortschritte der Arbeiter zurückgedrängt werden.

302) Stalin, Die ökonomischen Probleme des Sozialismus, a.a.O., S. 46/47

303) "Kommunist", a.a.O., S. 107

304) ebenda, S. 107

Wenn das, was als "Zurückdrängung der Macht der Monopole erscheint", richtigerweise als Klassenkampf zu Aufhebung des Lohnsystems bezeichnet werden muß, dann ist das Stadium, in dem die Macht der Monopole eingeschränkt oder gar zurückgedrängt ist, kein Kapitalismus mehr und die Macht der Arbeiterklasse wird dann eingesetzt, um das kapitalistische Ausbeutungssystem zu zerstören und an die Stelle der kapitalistischen Ausbeutung und Regulierung tritt dann sukzessive die nach sozialistischen Interessen funktionierende Planung, die mit kapitalistischer Regulierung nichts mehr zu tun hat.

Die Fehleinschätzung der Rolle und Funktion des Staates beruht auf der bestimmten Vermittlung von Ökonomie und Politik in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Reproduktionsprozess wird nicht analysiert, um die sich in ihm entfaltenden ökonomischen Widersprüche, die durch staatliche Maßnahmen allenfalls hinausgeschoben und verschleppt werden können, abzuleiten, sondern um eine durch den Charakter staatlicher Maßnahmen begründete Strategie zu entwerfen, die in den antimonopolistischen Reformen des Systems die *einzige* revolutionäre Perspektive sieht. Durch eine immer stärker werdende Einflußnahme der Arbeiter auf das System soll über den vergesellschafteten Charakter der Produktion auch eine vergesellschaftete Leitung und Kontrolle entstehen. Es ist also Aufgabe der Arbeiterschaft, "den Einfluß der Monopole auf die ökonomische Tätigkeit des Staates zurückzudrängen, ihre Absichten zu durchkreuzen und staatliche Maßnahmen durchzusetzen, die zum möglichst großen Teil den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes entsprechen." (305) Wie diese Taktik, gegen die vielfältigen Mittel der kapitalistischen Klasse durchgesetzt werden sollen, bleibt unerfindlich in einer Theorie, die die revolutionären Perspektiven nicht mehr aus dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital bestimmt, die daher über den Entstehungsprozess von Klassenbewußtsein nicht mehr zu sagen weiß, als daß die antimonopolistischen Strategien schon deshalb notwendig sind, weil noch kein Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse in genügendem Maße existiert.

Der falsche Begriff der gesellschaftlichen Ausbeutung in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, darauf ist schon hingewiesen worden, ist nicht nur die Grundlage für eine Strategie der schrittweisen Eroberung des Staates, sondern auch Ausgangspunkt der Klassenanalyse. Auch hier führt das Versäumnis der Analyse der Akkumulation aus dem Kapitalbegriff zu dem Ergebnis, daß der qualitativ veränderten Ausbeutung eine qualitativ veränderte Klassenstruktur entspricht. Gerade weil aber die "Entfaltung des Wertbegriffs" fehlt ist die Erfassung der Klassenstruktur nur noch über die bürgerliche Statistik möglich. "Die wissenschaftliche Einsicht in die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft und in die dem Kapitalismus eigentümliche Verkehrung von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit einerseits und in die zur Auflösung des Kapitalverhältnisses treibenden objektiven Tendenzen andererseits, sind mit diesem Instrumentarium nicht möglich." (306) Das Interesse, das jede Klassenanalyse verfolgen muß, besteht darin, die objektive und subjektive Reife der ka-

305) Imperialismus Heute, a.a.O., S. 157 siehe auch:  
Wirth, a.a.O., S. 203

306) "Kommunist", a.a.O., S. 94

pitalistischen Produktionsweise für die sozialistische Umgestaltung nachzuweisen. Diese Reife muß nachgerade darin zum Ausdruck kommen, daß das Kapitalverhältnis die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als Klasse der Lohnarbeiter konstituiert hat. Die Klassenanalyse der DKP bestimmt zwar die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als Klasse der Lohnarbeiter, — darin liegt ihr fortgeschrittener Charakter begründet —, aber gerade am Beispiel des Verhältnisses von wissenschaftlich-technischer Intelligenz und Arbeiterklasse zeigt sich, wie oberflächlich das Verfahren ist, mit dem sie zu diesem Ergebnis kommt. Die Reduktion des Verhältnisses von Arbeiterklasse und wissenschaftlich technischer Intelligenz auf die Bündnisfrage macht deutlich, daß die ökonomische Formbestimmung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz offensichtlich der politischen Programmatik widerspricht.

Es wurde versucht zu zeigen, daß in der innerparteilichen Diskussion widersprüchliche Auffassungen in dieser Frage existieren. Während Jung die Besonderheiten in der Stellung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz so bestimmt, daß die Arbeiterklasse ein Bündnis "neuer Art" mit der Intelligenz eingehen muß, ist in dem Ansatz von Justina Marx bereits ein deutlicher Fortschritt erzielt. Indem sie den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter auch auf die wissenschaftlich-technische Intelligenz ausgedehnt sieht, muß sie der Auffassung widersprechen, daß die politische Annäherung von Intelligenz und Arbeiterklasse auf dem Wege des Bündnisses zustandekommt. In ihrem Ansatz ist die politische Annäherung daher nur auf dem Wege der Aktionseinheit oder des Kampfbündnisses verschiedener Kategorien der Arbeiterklasse möglich. Die Arbeit von Justina Marx muß auch deshalb erwähnt werden, um auf mögliche Bewegungen innerhalb der DKP/SED-Theorie aufmerksam zu machen. Dieser positive Aspekt in der Klassenanalyse darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der Klassenanalyse bis jetzt nicht gelingt, "aus der Vermittlung der allgemeinen ökonomischen Formbestimmungen der Lohnarbeit mit den spezifischen Bedingungen der Klassenkämpfe in ihren gesellschaftlichen Erscheinungsformen", (307) den Konstitutionsprozeß von Klassenbewußtsein abzuleiten. Die Unfähigkeit die ökonomische Grundlage für die Entstehung eines politischen Klassenbewußtseins aller Kategorien der Lohnarbeiter herauszuarbeiten muß daher auch in der Bündnispolitik erscheinen. Die DKP gerät in den oft erwähnten Widerspruch hinein, einerseits die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als Lohnarbeiter zu begreifen, andererseits diesen Lohnarbeitern eine Bündnispolitik zu oktroyieren, die dazu führt, sozialistische Forderungen zugunsten demokratischer, an die Interessen der Bündnispartner anknüpfender, zurückzustellen. (308)

Die Behauptung von Gerns und Steigerwald, daß die Bündnispolitik der DKP in keinem Gegensatz zur Politik der Aktionseinheit stehe, muß daher angezweifelt werden; es gelingt der DKP nicht, das allgemeine Interesse der Klasse der Lohnarbeiter an der Aufhebung des Lohnsystems aus dem konkreten Zersetzungsprozess der kapitalistischen Gesellschaft abzuleiten. Statt dessen motiviert sie ihre Politik der revolutionären Reformen mit dem Fehlen des Klassenbewußtseins einerseits und mit der

307) ebenda

308) Revolutionäre Taktik? , Anmerkungen zu den Thesen des Parteivorstandes der DKP zur Vorbereitung ihres II. Parteitag, in: Probleme des Klassenkampf, Heft 1, a.a.O., S.119

Notwendigkeit, die "Randschichten" und die bürgerlichen Mittelschichten und die Bauern nicht zu verschrecken. Dadurch entsteht eine Verschleierung des Verhältnisses von demokratischem und sozialistischem Kampf. Eine Bündnispolitik, die in ihre Programmatik die demokratischen Interessen anderer Schichten und Klassen mit aufzunehmen versucht, muß aber deutlich machen können, daß sie nur unter dem Primat des sozialistischen Kampfes für die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung realisierbar sind.

**REPRINTS ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG**

**K.H. Tjaden, Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO) 15,00 DM**

**H. Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) 11,00 DM**

**O. Ihlau, Die Roten Kämpfer 7,00 DM**

**IM VERLAG DES POLITLADEN, ERLANGEN, HINDENBURGSTRASSE 17**